

# Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen\*

Von GEORG LÖSER

## Einleitung

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und mit ihnen breite Schichten der Bevölkerung in der Region am südlichen Oberrhein haben Geschichte gemacht. Höhepunkte und Brennpunkte ihrer Arbeit und Aktionen waren die Kämpfe um die geplanten Atomkraftwerke Wyhl/Baden, Fessenheim sowie Gerstheim/Elsass ebenso wie um eine geplante Bleichemiefabrik in Marckolsheim/Elsass. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen entstanden formell mit ihrem internationalen Komitee am 25. August 1974 in Weisweil und mit ihrer damaligen *Erklärung der 21 Bürgerinitiativen an die Badisch-Elsässische Bevölkerung*. Sie wuchsen bald auf fast 50 Initiativen an. Sie sind im Zusammenhang zu sehen mit den etwa zeitgleichen Kämpfen um das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst bei Basel und weitere Atomanlagen im Dreiländereck, dem schon zuvor begonnenen Protest gegen das Atomkraftwerk Fessenheim, mit der erste in Europa, und – bereits sehr intensiv, mit großer Resonanz und erfolgreich – gegen das geplante Atomkraftwerk bei Breisach. Sie widersetzten sich der drohenden Vision einer weitgehenden, streckenweise großflächig geplanten Industrialisierung am südlichen Oberrhein. Hinter dem bei Marckolsheim, Wyhl und Kaiseraugst besonders eskalierenden Protest stand und steht primär die gemeinsame Sorge von Menschen um die Existenzgrundlagen: für Leben und Gesundheit auch künftiger Generationen, für Weinbau und Landwirtschaft, die schöne Heimat, für gute Arbeitsplätze.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben mit ihrem Widerstand und vielfältigen Aktionen den Grundstein gelegt für einen atomenergiekriti-

---

\* Dieser Beitrag ist den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen gewidmet und allen, die sich für sie und ihre Ziele eingesetzt haben und für sie oder in ihrem Sinne weiterarbeiten. Besonders gedankt sei für freundlichen Rat bzw. Öffnung der Archive: Lore Haag (Geschäftsstelle der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, Weisweil), Erhard Schulz (vormals BUND-Landesgeschäftsführer), dem Archiv für Soziale Bewegungen in Freiburg, Solange Fernex (Alter Alsace Enérgies, CSFR), Axel Mayer und Jean-Paul Lacote (Aktion Umweltschutz e. V. – BUND Regionalverband), Dr. Frank Baum (Bürgerinitiative Umweltschutz Staufen). Dem Staatsarchiv Freiburg, insbesondere Dr. Kurt Hochstuhl und Dr. Martin Stingl, sei besonders gedankt für das Aufgreifen des Themas und die Ermutigung, meiner Familie aber für die viele Geduld. Soweit nicht ausdrücklich vermerkt, stammen die Abbildungen aus der Sammlung des Autors.

schen Konsens im Dreiländereck, der politisch am klarsten in den beiden Baseler Kantonen Ausdruck fand und findet, der aber u.a. auch in einem »Schwur« elsässischer Bürgermeister, Kommunalvertreter und Vereinigungen gegen weitere Atomkraftwerke sowie in Südbaden in der Verhinderung mehrerer geplanter Atomenergieanlagen gipfelte. Sie haben auf der Ebene aktiver Bürger Beispiele grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Verständigung gesetzt und damit auch die offizielle regionale Zusammenarbeit befruchtet und vorangetrieben.

Ihre »Volkshochschule Wyhler Wald« hat über 13 Jahre auf besetzten Bauplätzen und in Dörfern und Städten der Region als Kommunikations- und Informationszentrum, als innovativer, volksnaher Bildungsträger, als »geistiges Kraftwerk«, neu-alemannisches Kulturzentrum und Aushängeschild der Initiativen gewirkt. Aus dem Contra heraus wurden mit den populären Sasbacher Sonnentagen 1976–1978 konkrete positive Energie-Visionen entwickelt, die sich als Öko-Spezialmessen in Rouffach/Elsass, direkt aber als ÖKO-Messen in Freiburg sowie anderswo in Deutschland und anderen Ländern weiter entwickelten. Eine Reihe bedeutender Umweltschutz- und Alternativenergie-Vereinigungen der BürgerInnen sowie Ansätze zu einer Umwelt- und Solar-Modellregion am Oberrhein sind im Gefolge entstanden, gewachsen bzw. derzeit am Entstehen.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, die in loser Form und mit einer ehrenamtlichen Geschäftsstelle auch heutzutage teilweise weiter bestehen, haben mit ihrem Wirken und ihrer Streitkultur auf schwierigem Feld – im Ringen mit dem Staat und Konzernen – ein Stück »Demokratie von unten« verwirklicht, das vor allem mit dem gemeinsamen Kampf um Wyhl auch weltweite Beachtung fand. Es zeigt über die Region am südlichen Oberrhein hinaus zahlreiche positive Folgewirkungen.

## Das drohende »Ruhrgebiet am Oberrhein«

Die negative Vision einer »Rheinschiene« von Rotterdam bis Basel als die europäische Hauptwirtschaftsachse, verbunden mit einem *Ruhrgebiet am Oberrhein* und einer krebstartig in die Landschaft wuchernden Industrie-Megapolis, stand zu Beginn der Protestbewegungen am südlichen Oberrhein drohend im Raum. So schrieb der Staatsanzeiger Baden-Württemberg am 23. September 1972: *Rückt nämlich die EG noch näher zusammen, ... so wird das Rheintal zwischen Frankfurt und Basel die Wirtschaftsachse überhaupt werden. Ob dann noch Platz für Umweltschutz ist, muss bezweifelt werden. Sachverständige Leute sind deshalb der Ansicht, die Ebene sollte für die gewerbliche und industrielle Nutzung freigegeben werden, während die Funktionen »Wohnen«, »Erholung« und so weiter in der Vorbergzone und in den Seitentälern des Rheins angesiedelt werden sollten.* Der Landesentwicklungsplan, 1971 vom Landtag in Stuttgart verabschiedet, schuf auf der deutschen

Rheinseite die gesetzliche Basis hierfür mit breiten Entwicklungsachsen und großen Zonen für die Industrialisierung, die beispielsweise den Kaiserstuhl einschnüren würden.

Entsprechend wiesen damalige Planungen z. B. im Breisgau längs des Rheins große Industrieflächen aus, u. a. bei Breisach im Rheinwald, zwischen Sasbach am Kaiserstuhl und Wyhl, kombiniert mit großen Kiesabbaugebieten, des weiteren breite industrielle Entwicklungsachsen von Breisach bis Kirchzarten und von Sasbach bis Waldkirch.<sup>1</sup> *Vorab sei ein wichtiger Teilerfolg der Bürgerproteste gegen die Industrialisierungspläne vermerkt: Als direkte Folge des Kampfes gegen das Atomkraftwerk Wyhl und der damit verbundenen Offenburger Vereinbarung von 1976 wurde der Landesentwicklungsplan Baden-Württemberg 1979 um eine »Kaiserstuhl-Novelle« ergänzt, welche die Industrialisierungsplanungen im Kaiserstuhl-Bereich deutlich abschwächt. Und in den späteren, auch ökologisch besseren Planungen des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein z. B. sind die Industrieflächen stark geschrumpft.*<sup>2,4</sup>

Dasselbe drohende Muster und noch intensiver auf der anderen Rheinseite: in der Ebene, vor allem am Rhein, Vorrang für die Industrie. Im Elsass waren entlang der 183 km langen Rheinlinie 65 km Industriegebiet ausgewiesen, wovon seinerzeit (ca. 1974) erst rund  $\frac{1}{4}$  belegt war. Im Elsass lockten dabei die günstigeren Bedingungen: niedrigere Löhne, geringere Umweltauflagen, stärkere Finanzhilfen des Staates, billigere Grundstücke. Für das *Ruhrgebiet am Oberrhein* auf elsässischer Seite standen folgende Schwerpunkte an: Lauterburg (4 km<sup>2</sup>), Straßburg (4,4 km<sup>2</sup>), Marckolsheim (9 km<sup>2</sup>), Neu-Breisach (5,5 km<sup>2</sup>), Namsheim/Balgau bei Fessenheim (6 km<sup>2</sup>), Ottmarsheim (10 km<sup>2</sup>). Nur die Zone in Neu-Breisach war seinerzeit schon wesentlich belegt. Ein Drittel der elsässischen Rheinlandschaft wäre bei Realisierung Industriegebiet geworden. Und das Regierungspräsidium Freiburg vermerkte 1974: *Es seien bereits zu viele grenznahe Betriebe und Projekte auf schweizerischer und französischer Seite in Betracht zu ziehen, wenn es um die Frage geht, ob umweltschädliche Auswirkungen auf deutsches Gebiet möglich sind.*<sup>3</sup>

Südlich von Fessenheim entstand bereits seit den 70er Jahren längs des Rheins eine große Zone mit Schwerindustrie, die zeigte, wie eine »europäische Hauptwirtschaftsachse« aussehen würde, samt der damit verbundenen Luft- und Rheinverschmutzung. Ein Zeitsprung voraus: Waldsterben im Schwarzwald ab Anfang der 80er Jahre – welche Ursachen? Und wie eine Kette würden sich längs des Oberrheins auf beiden Seiten Atomkraftwerke

<sup>1</sup> Wyhl – der Widerstand geht weiter. Freiburg i. Br. 1982. Hg. mit Unterstützung des BUND Landesverbandes Baden-Württemberg. Mit separater Anhangsbroschüre: Christoph Büchele (Hg): Das Mannheimer Urteil. Inhalt – Tendenz – Kritik. Hier S. 70 (= Wyhl II).

<sup>2</sup> Wyhl II (Anm. 1) S. 76.

<sup>3</sup> *Jean*: Elsaß: Kolonie in Europa. Berlin 1976. S. 72 ff.

reihen: in Südbaden von Meißenheim über Wyhl und Breisach bis Schwörstadt (Hochrhein bei Basel) und im Elsass von Lauterburg über Gerstheim, Marckolsheim bis Fessenheim, wo sich 1974 bei der »Explosion« der Bürgerproteste schon zwei von bis zu sechs geplanten Reaktoren im Bau befanden.

All dies war aus der Sicht aufwachender Winzer, Landwirte, BürgerInnen, Naturschützer und Heimatfreunde überhaupt kein Eldorado, sondern ein kommendes Inferno. Gemeinsame unwiderlegte Sorgen waren und sind die Gefahren der Atomenergie für das Leben und die Gesundheit der Menschen und für die Natur. Im Falle Kaiseraugst und Breisach – desgleichen später bei Wyhl – kamen die befürchteten Auswirkungen von Kühlturmschwaden auf das Lokalklima hinzu, beim Kaiserstuhl eine Bedrohung für die Landwirtschaft und den Weinbau als Existenzgrundlage des großen bodenständigen Teils der Bevölkerung. Die Atomkraftwerke – mit Großindustrie und dem drohenden »Ruhrgebiet« am Kaiserstuhl und Oberrhein im Gefolge – stellten eine Horrorvision dar für breite, nun engagiert protestierende Schichten der Bevölkerung der so schönen und fruchtbaren Landschaft am Oberrhein.

Schon früh, zumeist um 1970, bildeten sich im Elsass grenzüberschreitende Kooperation suchende Umweltschutz-Vereinigungen wie

- S. O. S. Plaine du Rhin,
- Comité de Sauvegarde de Fessenheim et de la Plaine du Rhin (CSFR), gegründet 1970,
- AFRPN, schon 1965 als Naturschutzvereinigung gegründet, Vorläufer von Alsace Nature, heute bedeutender Umwelt- und Naturschutzverband im Elsass.

Auf badischer Seite entstanden vor allem 1971 die ersten, ebenfalls grenzüberschreitende Kooperation suchenden Umweltschutz-Vereinigungen, u. a.:

- Freiburger Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke Breisach und Fessenheim (später: Aktionsgemeinschaft gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke e. V.),
- Oberrheinisches Komitee gegen Umweltgefährdung durch Atomkraftwerke, von Winzern am Kaiserstuhl gegen das AKW Breisach,
- Aktion Umweltschutz e. V., ein wissenschaftlich-bürgerlicher moderner Umweltschutzverein und wichtiger Vorläufer des BUND e. V. in Baden-Württemberg, mit einer
- Hochschulgruppe kritisch zu Atomkraft arbeitender Studenten vor allem der Chemie,
- Rheinalaktion (1972), ein Vorläufer des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e. V.), mit Helmut Wüstenhagen als Vorkämpfer gegen Atomkraft an der Spitze.<sup>4</sup>

<sup>4</sup> Hans Helmut *Wüstenhagen*: Bürger gegen Kernkraftwerke. Wyhl – der Anfang? Reinbek 1975.



Abb. 1: Infoblatt der Aktion Umweltschutz e.V., Freiburg 1975. Vorlage: BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein/Aktion Umweltschutz e.V., Freiburg im Breisgau.

## Zur Vorgeschichte: Kaiseraugst, Fessenheim und Breisach – Der Widerstand gegen Atomkraft begann in der Region bereits um 1970

Der Widerstand gegen die Kette geplanter Atomkraftwerke am Ober- und Hochrhein begann schon Jahre vor Wyl: Im Raum Basel braute sich seit 1969/70 massivster Protest gegen das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst zusammen. 1970 wird von aktiven Bürgern das Nordwestschweizerische Aktionskomitee gegen das geplante Atomkraftwerk Kaiseraugst NWA gegründet, 1973 die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK, beide heute noch bestehend, mit Verbindungen in die Regional- und Bundespolitik. Großdemonstrationen mit badischer und elsässischer Beteiligung, die vorentscheidende Bauplatzbesetzung (1. April bis 19. Mai 1975) und erfolgreiche Anti-Atom- und energiepolitische Gesetzesinitiativen in den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft führen zum schrittweisen Rückzug der Betreiber und der Schweizer Bundesregierung.<sup>5</sup>

Die ersten beiden Reaktoren des Atomkraftwerks Fessenheim/Elsass wurden 1971 genehmigt. Zeitgleich kam es im April 1971 zur ersten größeren Demonstration auf dem Rheindamm bei Fessenheim, vermutlich in Europa die erste Demonstration gegen Atomkraft. Schon 1971 veröffentlichte die elsässische Umweltorganisation »Comité pour la Sauvegarde de Fessenheim et de la Plaine du Rhin« (CSFR) in zweiter Auflage die 60-seitige Broschüre »Fessenheim – vie ou mort de l'Alsace«. Im Mai 1972 führten oben genannte Organisationen mit beachtlicher Publizität die erste gemeinsame, grenzüberschreitende europäische Großdemonstration gegen Atomkraft als Sternmarsch nach Fessenheim durch – mit 10 000 TeilnehmerInnen.<sup>6</sup>

Der kurze, intensive und erfolgreiche Kampf 1971/72 gegen die vier bei Breisach/Burkheim geplanten Atomreaktoren bereitete den späteren Widerstand gegen das AKW Wyl und die Bleichemiefabrik in Marckolsheim vor. So wurden vor allem 1972 wichtige Erfahrungen gesammelt:

- 65 000 Unterschriften für den Sammeleinspruch;
- Traktorendemonstrationen mit bis zu 560 Traktoren;
- groß angelegte, z.T. noch heute sichtbare Plakat- und Beschilderungsaktionen an Häusern und in den Weinbergen;
- Ausnutzen des offiziellen Erörterungstermins für Proteste;
- Aktivwerden auch von Wissenschaftlern gegen das Atomkraftwerk, hier insbesondere zu Kühlturmauswirkungen;

<sup>5</sup> Kaiseraugst. Chronologie. Hg. Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst GAK. Liestal 1975; Basel gegen KKW Kaiseraugst. Hg. Kanton Basel Stadt. 1984; Wyl II (Anm. 1) S. 95–97.

<sup>6</sup> Fessenheim. Katastrophenplan. Hg. Arbeitsgruppe Katastrophenplan. Freiburg, überarbeitete Auflage 1980 (1977).

- erste Protestparolen und Leitsätze aus der betroffenen Bevölkerung, die Geschichte machten wie »Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv«, und gegen Atomkraft angewandte neu-alemannische Dichtung wurden erfunden und demonstrativ vorgetragen;
- das Selbstbewusstsein der Menschen erwachte, zunächst vor allem am Kaiserstuhl.

Im richtigen Moment für Breisach – zu spät aber für Fessenheim – kam dann die erwähnte erste grenzüberschreitend gemeinsame große Demonstration gegen Fessenheim Anfang Mai 1972, welche die Aktiven beiderseits des Rheins zusammenführte.

Die seinerzeit in der Rheintalaktion zusammengeschlossenen deutschen und französischen Bürgerinitiativen trafen sich im Januar 1974 in Bad Dürkheim zu einer Tagung, die mit einem Positionspapier in 16 Punkten die Kriterien der Ablehnung der Atomkraft und die gemeinsamen Forderungen zusammenfasste. Es wurde von aktiven BürgerInnen nachgewiesen, dass der Atomkraftausbau der Staaten am Ober- und Hochrhein ohne gegenseitige Planungsabstimmungen durchgeführt wurde und dass hier die weltweit größte Konzentration von Atomkraftwerken drohte.<sup>7</sup> Der Widerstand wurde alsbald von breiten Bevölkerungsschichten getragen. Winzer, Bauern, besorgte Eltern, Pfarrer, Ärzte, Wissenschaftler, Lehrer, Unternehmer, Christen, Natur- und Umweltschützer; insbesondere auch Frauen und junge Menschen engagierten sich intensiv.

### »Marckolsheim« und »Wyhl« und die Gründung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

In dieser Situation wollten die Chemischen Werke München (CWM) in Marckolsheim gegenüber von Sasbach am Kaiserstuhl ein Bleichemiewerk ansiedeln. Bereits die erste große Informationsveranstaltung der Gegner ist grenzüberschreitend bei den Hauptrednern: der Tierarzt M. Siegel, bald langjähriger Bürgermeister von Marckolsheim und der Mediziner Bühler aus Sasbach. Mehrere Tonnen Bleistaub würden jährlich verseuchend und krankmachend auf die Umgebung niederrieseln. Der Bleiskandal von Nordensham/Weser war frisch in Erinnerung. Umweltverseuchungen aus aller Welt werden bekannt. Der Club of Rome hatte vor weiteren und wachsenden Umweltproblemen eindringlich gewarnt.

Der Gemeinderat Marckolsheim lehnte die Ansiedlung knapp ab. Der Präfekt in Straßburg genehmigte trotzdem. 2000 Menschen demonstrierten im Juli 1974, 100 Traktoren fuhren auf.

---

<sup>7</sup> *Wüstenhagen* (wie Anm. 4) S. 26 ff.



## Marckolsheim



*Platzbesetzer in Marckolsheim mit Maskottchen »Eberle«*

*»Radikale Besetzerinnen«*



Abb. 2: Erste Proteste in Marckolsheim. Vorlage: Wyhl, Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends, 1976, S. 54/55.





*Transparent der elsässischen Freunde in ihrer Mundart*

*Sperrung des Grenzüberganges auf der Sasbacher Rheinbrücke*



Etwa gleichzeitig machten die schon bestehenden Umweltvereinigungen und zahlreiche neue Bürgerinitiativen mobil gegen das geplante Atomkraftwerk Wyhl: fast 100 000 Unterschriften für die Sammeleinwendung gegen das Atomkraftwerk. Der Erörterungstermin im Juli 1974 scheiterte allerdings aus Sicht der Atomkraftgegner. Die Bürgerinitiativen und ihre Aktiven verließen unter massivem Protest demonstrativ den Saal. Die Landesregierung wollte das Projekt weiterhin durchboxen.

Am 25. August 1974 bildeten die »Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen« in Weisweil ihr Internationales Komitee. Die 21 Initiativen – elf badische und zehn französische – verfassten ihre Erklärungen zweisprachig auf deutsch und französisch, die sich einträchtig sowohl gegen das Atomkraftwerk Wyhl wie das Bleiwerk Marckolsheim richteten: ... *Deshalb haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen, sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Gewalt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.*<sup>8</sup>

Diese Erklärung wurde weit verbreitet und erschien bald auch als Anzeige in der Badischen Zeitung. Die unmissverständliche Kampfansage an die geplanten Vorhaben und die Selbstermächtigung der Initiativen gegenüber den Regierungen musste aus der Sicht der Betreiber bzw. der Behörden als schockierende Ungeheuerlichkeit, als Aufkündigung des Gehorsams gegenüber der Staatsgewalt gewertet werden. Ohne Gespür für die Belange der Betroffenen gaben letztere weiter grünes Licht für die Betreiber. Aus der Sicht der Bürgerinitiativen und ihrer Aktiven sprang aber auch die Verzweiflung ins Auge: Man sah aus der Erfahrung der vorangegangenen Jahre heraus keine andere Chance, die bedrohlichen Projekte zu verhindern. Man sah sich wie in einer schicksalhaften Tragödie gezwungen, das Angekündigte auf sich zu nehmen.

Auch die Begründung in der Erklärung weist eine selbstbewusste, kraftvolle, dramatische und zugleich bewundernswerte Sprache auf: Sie fasst die Erfahrungen und das Wissen der Initiativen konzentriert und zugespitzt zusammen, gipfelnd in den Aussagen

im Atom-Teil:

- weil wir nicht abwarten können bis die Katastrophe da ist;
- weil wir nicht abwarten können, bis diese Illusionen explodieren (gemeint sind die Pro-Atom-Parolen und Illusionen der Betreiber und Regierungen);
- weil wir nicht dulden können, dass unser Recht derart missachtet wird.

<sup>8</sup> Wyhl – Betroffene Bürger berichten. Freiburg 1976. S. 239: 1. Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (= Wyhl I).

und im Bleichemie-Teil:

- dass wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen.

Die Aussagen im Atomteil nehmen beinahe prophetisch die Katastrophen von Harrisburg (1979) und Tschernobyl (1986) vorweg. Die moralische Grundlage entspricht Menschenrechten, auf deutscher Seite speziell den Grundrechten auf Menschenwürde (Art. 1), hier gegenüber zu gefährlichen Technologien sowie auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2.2) und Eigentum (Art. 14), hier der BürgerInnen. Vorweggenommen werden hier u. a. auch die Erklärung von Kardinal Höffner 1979 zur Atomenergie und die spätere Erweiterung des deutschen Grundgesetzes für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen (Art. 20 a).

Am 25. August 1974 traten die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen als solche erstmals öffentlich auf, bei der großen Demonstration gegen das AKW Wyhl und das Bleiwerk Marckolsheim. Die MitbürgerInnen wurden mit einer groß angelegten Aktion über Marckolsheim und Wyhl informiert.

Vier Wochen später wurde der Bauplatz in Marckolsheim in einer gut geplanten, grenzüberschreitenden gemeinsamen Aktion zunächst auf Dauer besetzt. Zur Räumung bereitstehende Polizei wurde nicht eingesetzt. Auf dem Platz wurde ein Freundschaftshaus für die Besetzer errichtet – Architektur: keltischer Holz-Rundbau. Der Präfekt des Haut-Rhin ließ daraufhin zwei Rheinbrücken für Fahrzeuge aus dem Kreis Emmendingen sperren, um die Initiativen zu spalten. Südbadische Bauern und Umweltschützer besetzten diese Brücken, unterbrachen ihrerseits jeglichen Verkehr und wurden hierbei in Deutschland und Frankreich über die Presse national bekannt. Bei den Gemeinderatswahlen in Marckolsheim gewannen die strikten Gegner des Bleiwerks. Die BürgerInnen mussten jedoch noch bis zum 25. Februar 1975 warten, zwei Tage nach der erfolgreichen Wiederbesetzung des Baugeländes in Wyhl, bis sie von der französischen Regierung aus Paris mehr als drei Monate alte Gerüchte schriftlich bestätigt erhielten, dass die Platzbesetzer auch in der Hauptsache gewonnen hatten: Das Bleichemiewerk wird nicht gebaut. Die Bauern säen seitdem Weizen auf dem Gelände an ...

Heute kann man sich die ungeheure Dramatik der damaligen Monate, ja Jahre, und die intensive körperliche und seelische Anspannung der beteiligten BürgerInnen kaum vorstellen. Vor allem auch die Frage des zivilen Ungehorsams und gewaltfreien Widerstands bei Platzbesetzungen und gegen die Staatsgewalt führten zu langen Diskussionen.

Solange Fernex (CSFR, Ecologie et Survie, später MdEP der Verts) bewertete Marckolsheim wie folgt:

1. Weil es eine deutsche Firma war, die hier Platz und Luft zur Verdünnung ihrer giftigen Emissionen suchte, konnten die Bürgerinitiativen die Platzbesetzung unter gemilderten Bedingungen durchführen – wie eine Generalprobe für Wyhl.

# Erklärung der 21 an die badisch-elsäs

## Weil wir wissen,

- daß das geplante Atomkraftwerk bei Wylh, sein Atom-Müll und seine künftige Ruine unser Land und unser Leben gefährden;
- daß der Betrieb des Atomkraftwerks und der nachfolgenden Industrie das Klima so verändert, daß den Landwirten, vor allem den Winzern die Existenz zerstört wird und sie als billige Arbeitskräfte in die Fabrik gehen müssen;
- daß die Atomingenieure keinen Schutz bieten können gegen Verseuchung der Luft, die wir atmen, des Wassers, das wir trinken, der Pflanzen und Tiere, die wir essen;
- und weil wir nicht abwarten können, bis die Katastrophe da ist.

## Weil wir sehen,

- daß diese fahrlässigen Pläne nicht uns, sondern der Atomindustrie nützen, die unsere Existenz für ihre Profite auf's Spiel setzt;
- daß wir belogen werden mit Parolen wie: „Entweder Fortschritt oder Umweltschutz“ – Den Fortschritt schaffen wir mit unserer Arbeit. Wir lassen uns nicht einen „Fortschritt“ der Selbstzerstörung aufzwingen;
- daß die KKW-Spezialisten von der Atomindustrie bezahlt sind und deshalb Illusionen verbreiten über 'saubere Arbeitsplätze auf Lebenszeit', obwohl sie es besser wissen müßten;
- und weil wir nicht warten können, bis diese Illusionen explodieren.

## Weil wir gelernt haben,

- daß die Regierung in dieser Sache nicht neutral ist; daß Ministerpräsident und Wirtschaftsminister im Aufsichtsrat des Energieunternehmens sitzen; daß sie selbst Reklame machen für Atomstrom;
- daß die Regierung neutrale Wissenschaftler abwertet, die Bürgerinitiativen, d. h. die Selbstorganisation der Bevölkerung, bekämpft und die Bevölkerung täuscht;
- daß sie ihre Pläne notfalls mit Gewalt und gegen den Protest von fast 100 000 Einsprechern durchsetzen will;
- daß wir jetzt unsere Interessen nur noch selber, gemeinsam und entschlossen vertreten können;
- und weil wir nicht dulden, daß unser Recht derart mißachtet wird.

## Deshalb

haben wir beschlossen, die vorgesehenen Bauplätze für das Atomkraftwerk  
sobald dort mit dem Bau begonnen wird. Wir sind entschlossen, der Ge-  
walt Widerstand entgegenzusetzen, bis die Regierungen zur Vernunft kommen.

Bürgerinitiativen Wylh, Weisweil, Forchheim, Erdingen, Seelbach, Regel, Erenndingen, Oberweinsches K...  
gründung durch Atomkraftwerke Freiburg, Initiativgruppe Freiburg KKW NEB...  
Association Pédérative pour la Protection de la Nature, Section du Haut-Rhin/Section du Bas-Rhin, Comité de  
sauvegarde de l'environnement de MARCKOLSHEIM, ANAT, Ecologie et survie, Club Vogéien de Colmar,

Abb. 3: Erste Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen vom 25. August 1974. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

# Bürgerinitiativen sische Bevölkerung:

## Weil wir wissen,

- daß die Produktion auf der Basis von Blei, wie sie von den Chemischen Werken München in Marckolsheim geplant wird, eine große Gefahr darstellt für Menschen, Tiere und Pflanzen;
- daß die Behörden nicht imstande sind, unsere Umwelt vor dieser Verseuchung zu schützen;
- daß die Baugenehmigung erteilt wurde, ohne vorher umfassende Gutachten einzuholen;
- daß die von der Verwaltung angekündigten Maßnahmen die Gefahren nicht vermindern, sondern nur verbergen;
- daß die deutsche Bevölkerung, die es ja auch angeht, gar nicht befragt wurde;

## Weil wir sehen,

- daß Ärzte und zuständige Wissenschaftler immer wieder einhellig auf die Gefahren hinweisen, die von der Bleiindustrie ausgehen;
- daß nicht einmal die gegenwärtigen Umweltschutzgesetze eingehalten werden;
- daß der ausgeschiedene Staub von Bleihütten Katastrophen hervorruft: Nordenham, Stolberg...;
- daß für diese Fälle meistens gar keine vorbeugenden Maßnahmen getroffen wurden, und wenn, dann nutzlos;

## Weil wir gelernt haben,

- daß die sogenannte „Untersuchung des öffentlichen Nutzens“ (enquête d'utilité publique) nur einen blassen Anschein von Demokratie hat;
- daß die Behörden die Ansicht der Bevölkerung überhaupt nicht berücksichtigen;
- daß wir alle jetzt verantwortlich handeln und die Zukunft unserer Kinder verteidigen müssen.

Werk Wyhl und das Bleiwerk in Marckolsheim gemeinsam zu besetzen,  
wagt, die uns mit diesen Unternehmen angetan wird, solange passiven  
jn.

Oberrhein, Aktion Umweltschutz Erzwendungen und Freiburg, Aktionsgemeinschaft gegen Umwelt-

de Fessenheim et de la plaine du Rhin, SOIS plaine du Rhin, Groupe d'information pour la  
Yves Tréher Colmar, Association «le Naturelle Section Haut-Rhin» 22 Avenue Poincaré Mulhouse.



2. Das Wichtigste sei wohl die grenzüberschreitende Kooperation der Bevölkerung gewesen. Der Erfolg schmiedete die vielfältige Front der Umweltschützer zusammen. Hauptkenntnis war, dass legale Mittel versagt hätten.
3. Ideologische Streitfragen linker Gruppen mussten hinten angestellt werden. Bauern und Bürger wachten politisch auf und durchschauten wirtschaftliche Zusammenhänge.
4. Die gewaltfreie Linie des Widerstands bestätigte sich gegenseitig beim Erfahrungsaustausch mit der Larzac-Bewegung des Massif Central, die von wenigen Menschen (rund 100 Bauern) auf 190 000 angewachsen war: mit den »Waffen« Wahrheit, Gerechtigkeit und Mut statt Reichtum, Gewalt und Macht. Parallel zum Elsass lief ein ähnlicher Vorgang auch bei der Bevölkerung am Kaiserstuhl und Teilen der Bevölkerung im Breisgau ab.
5. Frauen waren sehr aktiv als Demonstrantinnen und Platzbesetzer. Sie brachten Zeit, Mut und ihre Kinder mit. Sie brauchten in ihrer damaligen Situation anders als ihre Männer meist keine Angst vor dem Druck auf Arbeitsplätze oder Betriebe zu haben.
6. Eine alemannische Demonstrations- und Volkskultur brach plötzlich hervor, auf alten Wurzeln, nur jetzt als Instrument des Widerstands anstelle von Nostalgie. Die Schranken der als künstlich empfundenen Rheingrenze und der gesellschaftlichen Gruppen brachen. Sorgen, Wünsche, Ansichten wurden ausgetauscht, bevorzugt auf alemannisch, dem gemeinsamen Dialekt.<sup>9</sup>

Dichter und Sänger wurden zu den anstehenden Themen aktiv. Fast 50 Lieder, meist nach elsässischen Mustern, entstanden binnen eines Jahres von aktiven Umweltschützern, teils Liedermacher, teils Bauern oder Studenten.

Der Naturschutzwart M. Schwörer aus Wyhl brachte es auf den Punkt in Marckolsheim (übersetzt aus dem Alemannischen):

*ich mein' grad, etwas profitieren wir doch bei dem ganzen Krieg, der über uns geht: Wir sehen wieder einmal, dass wir zusammengehören, ... mit unserer eigenen Sprache ..., die sie in Paris nicht verstehen, die sie in Bonn nicht verstehen und die sie in München auch nicht verstehen.*<sup>10</sup>

Der Elsässer André Weckmann fasste das kaum fassbare Geschehen in wenigen Zeilen zusammen und dichtete:

*En Marckelse hets aangefange, (...)  
 en Marckelse han mer s guldene kalb gstoche,  
 en Marckelse han mer d demokratie entdeckt,  
 en Marckelse han mer d granze gesprangt (...)*

<sup>9</sup> Solange Fernex: Non-violence triumphant in: The Ecologist, Dez. 1975, zit. nach Jean (wie Anm. 3).

<sup>10</sup> Zit. nach Jean (wie Anm. 3) S. 87.



Anfang Oktober 1974 entstand von Walter Mossmann, zunächst unter dem Pseudonym Jos Fritz, einem Anführer im Bauernkrieg des 16. Jahrhunderts, als Kampflied zu Marckolsheim und Wyhl die Ballade »Die Wacht am Rhein«. Schon dieser Titel und die entsprechende Stelle *gemeinsam eine andere Wacht am Rhein* in der ersten Strophe sind entscheidend und Symbol: Die bekannte Wochenzeitung Stern schrieb bald dazu über Marckolsheim eine große Reportage unter der Schlagzeile: »Die Wacht am Rhein«. Auch ein zweites Hauptlied gegen Großchemie und Atomkraft, das neu-alemannische »In Mueders Stübele« – nach einem alten Bettlerlied – ist sich der ganz neu und anders kriegsähnlichen Situation bewusst.

Heute und bei der anderen Wacht am Rhein sind die Gegner der Region beiderseits des (südlichen) Oberrheins, die kriegerisch und oft quasi wie Besetzer die Region heimsuchten

- nicht die Fürsten des Spät-Mittelalters, als »die Grenze zwischen oben und unten« verlief,
- nicht Habsburg/Österreich,

**Die Wacht am Rhein**  
 Walter Mossmann · Melodie: trad. USA

1) Im El-saß und in Ba-den, war lan-ge gro-ße Not, da  
 Jetzt kämpfen wir für uns selber in Wyhl und Marckolsheim. Wir  
 schossen wir für unsre Herren im Krieg einander tot.  
 halten hier gemeinsam eine andere Wacht am Rhein.

1) Auf welcher Seite stehst du? He! Hier wird ein Platz besetzt.  
 2) Hier schützen wir uns vor dem Dreck, nicht morgen, sondern jetzt!

Abb. 4: »Die Wacht am Rhein«. Musik: Trad./Bearb. Michael Thau. Text: Walter Mossmann. Copyright: 1978 by SMV Schacht Musikverlage GmbH, Hamburg.



- nicht Preußen wie 1848/49 als Zerstörer der badischen demokratischen Revolution,
- nicht wie z. B. 1870/71 und später Frankreich bzw. Preußen/Deutschland, sondern es sind umwelt-, heimat-, existenz- und lebensbedrohende Industrien, hinter denen großes Kapital steht und die von den Regierungen begünstigt werden.

Aber etwa in Analogie zum frühen 16. Jahrhundert: Aktive, betroffene Teile der Bevölkerung beiderseits des Rheins, aus dem Elsass und aus Baden, wehrten sich grenz- bzw. rheinüberschreitend gemeinsam. Man wollte sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und wusste, dass Umweltverschmutzung und Atomgefahren an Grenzen und am Rhein nicht halt machten. Eine neue Art badisch-elsässischer Freundschaft entstand.<sup>11</sup>

Der gesamte Komplex dieser identitätsstiftenden Widerstandskultur umfasste aber neben Liedern und Dichtung noch viel mehr: Filme, Fotos, Zeitungen wie »Was wir wollen« und – um Wyhl – den »Umwelt-Boten«, Transparente, Aufkleber, Leserbriefe, Vorträge, Demonstrationen, Reden. Walter Mossmann dazu: (wir) *konsumieren ... diese Kultur nicht mehr, die uns einschläfert, indem sie vorgibt, uns zu unterhalten und zu informieren. Wir machen unsere eigene Kultur.*<sup>12</sup>

Was hierzu in Marckolsheim und Breisach begann, wurde beim weiteren Kampf gegen die Atomkraftwerke Fessenheim (in Betrieb ab 1977) und Wyhl (geplant) fortgesetzt und erweitert, z. B. 1977 durch das elsässische Piratenradio »Radio Verte Fessenheim« (später legal als »Radio Dreyeckland« aus Freiburg), vor allem aber durch die wandernde freie »Volkshochschule Wyhler Wald« der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (1975–1988) und durch die ab 1976/77 beginnenden Ansätze zu einer »Solar-Kultur« in der Region.

## Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und der lange Kampf um das Atomkraftwerk Wyhl

### 1. Eine Bauplatz-Besetzung macht Geschichte

Was war geschehen? Die Kernkraftwerk Süd, die gemeinsame Betreibergesellschaft von Badenwerk/Energieversorgung Schwaben EVS, und die Landesregierung waren 1972/73 vor dem massiven Protest der Kaiserstühler Bevölkerung gegen das bei Breisach geplante Atomkraftwerk auf den einige Kilometer nördlich gelegenen Standort im Rheinauenwald bei Wyhl ausgewichen. Fast 100 000 Unterschriften wurden für Einwendungen gesammelt.

<sup>11</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Walter Mossmann in: Wyhl I (Anm. 8).

<sup>12</sup> Zit. nach Jean (wie Anm. 3) S. 87.

Der Gemeinschaftseinspruch junger NaturwissenschaftlerInnen der Universität Freiburg umfasste 111 Seiten. Im Gefolge wachsender Proteste und Enttäuschung über die aus Atomgegnersicht empörende Einseitigkeit der Landesregierung kommt es am 18. Februar 1975, einen Tag nach Baubeginn, das heißt Rodung eines Waldstücks im Rheinwald, zur dramatischen Zuspitzung, der ersten Wyhler Bauplatzbesetzung durch einige hundert Personen aus der Region. Dies erfolgte wie in der ersten Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (s. o.) von 1974 angekündigt. Zwei Tage später wurde der Platz gegen den passiven Widerstand von 150 Besetzerinnen und Besetzer polizeilich brutal geräumt und mit Panzerdraht umzäunt. Zehn Elsässer sind unter den über 50 gezielt Festgenommenen. Am 23. Februar gelang es anlässlich einer Großkundgebung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen mit über 20 000 Teilnehmern, den Bauplatz trotz polizeilicher Bewachung erneut und zunächst auf unbestimmte Zeit zu besetzen. Auch hierbei waren viele elsässische Bürgerinnen und Bürger mit großem persönlichen Einsatz wieder aktiv.

Diese Geschehnisse sind in den »Wyhl-Büchern I und II« von über 30 bzw. 42 deutschen und französischen Autoren aus den Reihen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen und in zahlreicher weiterer Literatur ausführlich dargestellt. Wichtig war auch, dass die Wyhl-Bücher kein Produkt poli-



Abb. 5: Bauplatzbesetzung am 23. Februar 1974. Vorlage: dpa Deutsche Presse-Agentur, Frankfurt am Main.

tischer Resignation waren, sondern jeweils das Ende einer ersten Phase und den Beginn einer zweiten des Kampfes um Wyhl darstellten, mit dem Willen zu lernen und die Stärken und Schwächen zu kennen und weiter zu kämpfen.<sup>13</sup>

## 2. Charakteristik der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zu beschreiben, ist ein »kühnes Unterfangen«, so schon der Stuttgarter Konfliktforscher Wolfgang Sternstein. Das gilt entsprechend auch für deren grenzüberschreitende Kooperation. Viele ihrer Mitgliedsinitiativen waren für ihre Gegner kaum berechenbar und damit nicht fassbar. Das Bundesforschungsministerium setzte eigens Forscher des Batelle-Instituts zur Erkundung der Bürgerinitiativen an. Die folgenden Absätze greifen teilweise Sternsteins Ausführungen von 1976 und 1978 auf und ergänzen sie.

(1) Mit ihrer Entschlossenheit, das Atomkraftwerk Wyhl, ein Milliardenprojekt, und das Bleichemiewerk Marckolsheim zu verhindern, mit ihrer Macht zu informieren, fast 100 000 Menschen zu Einwendungen und fast 30 000 Menschen in den Wyhler Wald zu mobilisieren und dem »langen Atem« vieler Menschen, sich jahrelang intensivst zu engagieren, sind die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wie die nordwestschweizerischen Atomgegner ein neuer Faktor in der Atom- und Umweltkontroverse im Mitteleuropa.

(2) Mit Wyhl als Beispiel und Symbol sowie den folgenden massiven Protesten gegen andere Standorte in Deutschland und anderswo stand die Atomenergiepolitik der Bundesrepublik, der Europäischen Gemeinschaft sowie anderer Staaten auf dem Spiel. *Wenn Wyhl Schule macht ... wird das Land* – in der bisherigen Form – *unregierbar*, so fasste es die Landesregierung in Stuttgart zusammen. »Wyhl« hat nicht nur badisch-elsässische oder badenwürttembergische, sondern über Deutschland und Frankreich hinausgehende internationale Bedeutung.

(3) Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen umfassten schon bald nach ihrer Formierung mit der Erklärung der 21 Initiativen vom August 1974 rund 50 Initiativen und Vereinigungen, die auch auf den weiteren gemeinsamen Erklärungen von 1976 und 1982 einzeln aufgeführt sind. Sie setz(t)en sich zusammen aus vier Arten von Gruppen:

<sup>13</sup> Wyhl I (wie Anm. 8); Wyhl II (wie Anm. 1); Wüstenhagen (wie Anm. 4); Nina Gladitz (Hg.): Lieber heute aktiv als morgen radioaktiv. Wyhl: Bauern erzählen. Warum Kernkraftwerke schädlich sind. Wie man eine Bürgerinitiative macht. Und wie man sich dabei verändert. Berlin 1976; Wolfgang Sternstein: Überall ist Wyhl: Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen. Aus der Arbeit eines Aktionsforschers. Frankfurt/M. 1978.

- die ländlichen in den Orten um Wyhl und vom Kaiserstuhl, die zahlreichen,
- die elsässischen, ca. 14 teils örtliche, teils das ganze Elsass umfassende Organisationen,
- die ländlichen vom Schwarzwaldrand des nördlichen Breisgau bis in die Ortenau/Offenburg,
- die städtischen aus Freiburg, darunter »bürgerliche« und mehrere studentische Initiativen.

(4) Die Bürgerinitiativen umfassten bzw. erreichten mit ihren Mitgliedern und Informationen so gut wie alle gesellschaftlichen Gruppen – eine wichtige Grundlage ihrer Stärke – darunter zunehmend auch viele Lokalpolitiker und heimlich manche Polizeizehörigen sowie einige Juristen. An sozialer Herkunft und ursprünglicher Hauptmotivation der Aktiven kann man drei Gruppen unterscheiden:

- die Bauern und Winzer sowie Handwerker der Region, jeweils mit ihren Frauen: Sie sind zunächst Standortgegner und fürchten um ihre berufliche Existenz wegen Kühlturmnebel und Industrieansiedlung und wollen ihre Heimat verteidigen.
- die Bürgerlichen und ArbeitnehmerInnen (Lehrer, Apotheker, Ärzte, Pfarrer, Wissenschaftler, Angestellte, Arbeiter, Gewerkschafter u. a.). Sie können im weiteren Sinn als Umwelt- und Naturschützer bezeichnet werden. Sie warnen vor den Gefahren der Atomkraft und wollen die schöne Landschaft am Kaiserstuhl und am Oberrhein erhalten. Viele sehen auch künftige Nachteile für Arbeitsplätze.
- die Jüngeren (meist Studierende, SchülerInnen, Lehrlinge, Arbeitslose, auch etliche KünstlerInnen und Medienschaffende). Sie sind oft eher links eingestellt. Ihnen geht es oft um mehr Demokratie, auch um Umweltschutz und teilweise auch um grundlegende gesellschaftliche Veränderungen.

(5) Der gemeinsame Lernprozess dieser Gruppen und die gegenseitige (teilweise) Integration der verschiedenen Auffassungen sowie die weitgehende gegenseitige Prägung mit den Motiven der anderen Gruppe ist eine herausragende Leistung der Bürgerinitiativen und ihres gemeinsamen Kampfes. Es wurde trotz verbleibender Unterschiede und Differenzen eine weitgehende Aktionseinheit von Land- und Teilen der Stadtbevölkerung, von Intellektuellen und anderen Bevölkerungsschichten erreicht. Jede Gruppe bzw. Initiative wusste beinahe wie bei einem Organismus, mit welcher Maßnahme und mit welchen Begabungen sie beitragen konnte. Trotzdem gab es in einzelnen Initiativen, wie in Weisweil oder bei der (bürgerlichen) Aktion Umweltschutz in und um Freiburg sehr unterschiedliche Denkweisen. Und in Wyhl selbst, einer armen Gemeinde, blieb die Bevölkerung nicht zuletzt aufgrund von finanziellem Druck von außen lange Jahre in zwei etwa gleich große



Abb.6: Gemeinschaftsleben auf dem besetzten Platz. Vorlage: Barbara Klemm, Frankfurter Allgemeine Zeitung.

Blöcke gespalten, oft quälend mitten durch Familien. Insgesamt aber konnten sich die Initiativen zumindest im Landkreis Emmendingen einer gewaltigen Mehrheit in der Bevölkerung gegen das Atomkraftwerk sicher sein: 75–80 Prozent äußerten in Umfragen Ablehnung oder Bedenken. Noch höhere Werte (85 Prozent) wurden später auf elsässischer Seite bei Gerstheim bekannt. Und es wurde grenzüberschreitend zusammengearbeitet.

(6) Die Arbeitsweise der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bestand aus folgenden Kernpunkten:

a) Beschaffung und Verbreitung von Informationen. Hierzu dienten neben Pressearbeit, Infoblättern, Plakaten, Informationsständen, Podiumsdiskussionen, Briefen, Vorträgen, Büchern, Fotos, Filmen usw. auch eigene oder nahe stehende Publikationsorgane und Instrumente:

- »Der Umwelt-Bote« der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: ein über 18 Jahre hinweg in vielen Dörfern im und am Kaiserstuhl an alle Haushalte verteiltes Infoblatt zu aktuellen Fragen, das in wichtigen Situationen jeweils über 10 000 Menschen direkt erreichte und das in den ersten Jahren formell nicht von den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, sondern vom nahe stehenden Regionalverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Südlicher Oberrhein e.V. herausgegeben wurde. Der

Umweltbote 40 zum Beispiel, vom April 1988 zu Tschernobyl und Fessenheim, erschien zweisprachig.

- »Was wir wollen«, erstellt aus Reihen nicht formell in die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen eingebundener Aktiver, eine aktuelle Zeitung (anfangs als Platzbesetzerzeitung), die über mehrere Jahre zu Marckolsheim, Wyhl, Fessenheim, Kaiseraugst, Heiteren, Gerstheim und aus aller Welt Berichte und Erfahrungen einbrachte.
- »Radio Verte Fessenheim«, zunächst seit Juni 1977 illegal im Elsass, später als »Radio Dreieckland« legal in Freiburg.
- »Volkshochschule Wyhler Wald«: Sie wirkte am langfristigen und auch außerhalb des Kaiserstühler Bereichs. Sie war aktiv von ihren ersten Veranstaltungen im April 1975 auf dem besetzten Platz in Wyhl bis 1988, mit 80 Vierwochenprogrammen und annähernd 600 Veranstaltungen am südlichen Oberrhein, davon allerdings nur einige im Elsass, dort vor allem bei Heiteren in den Monaten der Strommastbesetzung. Sie war kostenlos und wurde ehrenamtlich organisiert. Niemand erhielt Honorar. Die wandernde Volkshochschule Wyhler Wald war treffend gesagt ein »geistiges Kraftwerk« gegen das geplante Atomkraftwerk. Sie bildete eine Grundlage für die Dauerhaftigkeit des Widerstands. Sie wirkte als Kommunikations-, Informations- und Kulturzentrum der Bürgerinitiativen. Ihre Themen waren äußerst vielfältig und aktuell angepasst sowie volksnah, wie es die 80 Vierwochenprogramme belegen: von Atomkraft bis zu Alternativen, von Umweltproblemen bis zu Sängertreffen. Man konnte dabei auch Politiker wie Erhard Eppler sowie Atombefürworter als Referenten gewinnen. Besonders hohe Besucherzahlen, mehrere hundert, wurden bei Heimat- und kulturellen Veranstaltungen, Atomdiskussionen sowie Diskussionen mit Politikern erreicht. Alle Referenten, die aus unterschiedlichsten Kreisen, z.T. aus anderen Kontinenten (USA, Japan, Brasilien usw.) kamen, mussten sich bei den Veranstaltungen parteipolitisch neutral verhalten und sich oft intensivsten Diskussionen mit dem Publikum unterziehen. Die Rollenverteilung Referent–Lernende wurde vielfach aufgehoben zugunsten eines gemeinsamen Lernprozesses. Häufig berichtete die Presse ausführlich. Der sehr hohe Stellenwert der VHS Wyhler Wald für die Bewegung lässt sich kennzeichnen durch:
  - hohen Sympathiewert und Attraktivität, Kontinuität,
  - Anerkennung in der Öffentlichkeit als Gegengewicht zur Informationspolitik der Landesregierung und Atomkraftbetreiber,
  - Bindeglied zwischen »Platz« und Ortschaften, Schaffung eines Zusammengehörigkeitsgefühls,
  - Aktualität in den Themen und Mitteilungen,





## VOLKSHOCHSCHULE WYHLER WALD

- 25. Vierwochenprogramm -

In Heiteren/Elsass: 22.5. und 8.6.  
Im Markgräfler Land: 25.5. u. 5.6.  
In Freiburg: 3.6.  
Am Kaiserstuhl: 15.6. und 17.6.

**22. Mai : Besuch in Heiteren/Elsass**  
Sonntag

Französische Umweltschützer halten seit einigen Wochen die Baustelle des vorletzten noch nicht vollendeten Strommasten für die Überlandleitung von Fessenheim (2. Block) nach Innerfrankreich besetzt. Sie wollen dadurch, anknüpfend an den Hungerstreik von Roggenhausen, ihren Forderungen nach Sicherheitsgarantien für das AKW Fessenheim Nachdruck verleihen. Obwohl diese Forderungen durch eine Petition von über 100 elsässischen Gemeinden unterstützt werden, wurden sie bisher in keiner Weise berücksichtigt.

Zweck unseres Besuches ist Information für die badische Bevölkerung und Unterstützung für die elsässischen Umweltschützer.

Programm am 22.5.:

15.30 Uhr (deutsche Zeit): Begrüßung, Information, Erfahrungsaustausch (im Freundschaftsheim)

16.00 Uhr: Aufführung des "Babbedeckel-Theaters" aus Straßburg

17.00 Uhr: Vogelstimmenwanderung durch den Hardtwald, der neben dem Platz beginnt und bekannt ist für seinen Reichtum an seltenen Tier- und Pflanzenarten (Naturschutzgebiet).

Heiteren liegt 5 km südlich von Neu-Breisach an der Straße nach Basel, der Mast etwa 1 km westl. des Dorfes am Waldrand.

**25. Mai : Filmvorführung: "Mehr Atomkraftwerke"**  
Mittwoch

Dänischer Farbfilm von Per Mannstaedt, in deutscher Sprache

Der Film zeigt den Weg des Uranbrennstoffs im Atomkraftwerk, während des Transports, bis zur Aufbereitungsanlage und zur Atomülldeponie, mit informativen Aufnahmen aus deutschen und englischen Atomkraftwerken und Aufbereitungsanlagen (Stade, Biblis, Windscale, Karlsruhe u.a.). Gezeigt wird der tägliche Arbeitsablauf der Atomindustrie sowie ihre gesellschaftlichen Konsequenzen; mögliche künftige Entwicklungen und das Pro und Contra werden nüchtern beschrieben und diskutiert.

20.00 Uhr, Saal des Gasthaus Löwen in Heiterheim

**3. Juni: Dr. Chr. Deutner, Dipl.-Politologe (Universität Konstanz):**  
Freitag

Internationale Verflechtungen der westdeutschen Atomindustrie -  
Ökonomische Zwänge und politische Strategien

20.00 Uhr, Heimesaal im Kolpinghaus Freiburg, Karlstr. 7

Bitte wenden!

Abb. 7: Volkshochschule Wyhler Wald. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.



– schöpferische Tätigkeit als positiver Gegenpol zum *Verneinungsakt der Platzbesetzung*.<sup>14</sup>

- b) Demonstrationen und Kundgebungen einschließlich z. B. Protestfahrten mit Traktoren;
- c) Aktionen wie Protesttelegramme, Unterschriftensammlungen usw.;
- d) Gewaltfreie direkte Aktionen: Bauplatzbesetzung, Sitz- und Straßenblockaden;
- e) Juristische Maßnahmen wie Einzel- und Sammeleinsprüche, Klagen vor Gericht;
- f) Überparteilich-politische Maßnahmen: Wahlempfehlungen und »eigene« Kandidaten.

(7) Die Organisationsstruktur der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: Die Struktur der Mitglieder reichte von spontan gebildeten Initiativen bis zu formalen Vereinen. Viele waren nur örtliche, andere waren flächenhafte Organisationen. Das galt für die badische und die elsässische Seite. Parteiorganisationen waren ausgeschlossen. Formiert hatten sich die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wie oben geschildert ab dem 25. August 1974 mit ihrem »internationalen Komitee« als Gremium für Entscheidungen. Bei Abstimmungen erhielt jede Initiative ab Mai 1975 nur eine Stimme. Später ging man zur Delegiertenversammlung über. Einladungen erfolgten alsbald durch die ehrenamtlich geführte Weisweiler Geschäftsstelle. Gewählt für Verhandlungen mit der Landesregierung Baden-Württembergs wurden eine fünfköpfige Verhandlungsdelegation, die begrenzte Kompetenzen erhielt, und eine 18-köpfige erweiterte Verhandlungskommission. Im Herbst 1975 wurde ein Arbeitsausschuss (mit zwei elsässischen Mitgliedern) eingerichtet mit der Aufgabe, das Internationale Komitee bzw. die Delegiertenversammlung zu unterstützen und die Arbeitskreise, das heißt die »Volkshochschule Wyhler Wald«, »Der Umwelt-Bote« und »Öffentlichkeitsarbeit« (u. a. Pressesprecher) sowie die (Besetzer-)Zeitung »Was Wir Wollen« zu koordinieren und gegebenenfalls Streit zu schlichten. Für die Platzbesetzung und – ab Beginn der Verhandlungen mit der Landesregierung – für die Platzbewachung wurden dörfenweise Besetzerpläne aufgestellt, bei denen sich die benachbarten Elsässer beteiligten. Später, ab 1978, kamen weitere Arbeitskreise hinzu:

- die Internationale Kontrollkommission zu Fessenheim (IKK),
- die von Freiburg aus koordinierte Arbeitsgruppe Fessenheim.

<sup>14</sup> Vgl. Mathias *Mutz*: Die »Volkshochschul' fürs Volksgewühl«. Zur Bedeutung der »Volkshochschule Wyhler Wald« für den Widerstand gegen das Kernkraftwerk Wyhl und darüber hinaus. Seminararbeit an der Universität Freiburg i. Br., Hauptseminar Umwelt und Politik in der Bundesrepublik. Neue und Neueste Geschichte 2002.

MÖGLICHEWEISE ENTSCHEIDENDE TERMINE		<b>Wache im Wyhlertwald</b>	
		Beginnt jeweils morgens 6 <sup>00</sup>	Ende nächster Tag morgens 6 <sup>00</sup>
So. 18.1.76	ABARBEITUNG DER BE- STELLUNGNAHME ZU DEN VORSCHLÄGEN DER LANDES- REGIERUNG UND OMS VOM 14.1.76 IN OFFENBURG	Weisweil	So. 18.1.+1.2.
19.-23.1.76	ZUSTELLUNG DER BE- STELLUNGNAHME AN DIE LANDESREGIERUNG SOWIE INTERNE BERATUNG	Sasbach	Mo. 19.1.+2.2.
Mo. 25.1.76	ZWISCHENVERHANDLUNGEN IN OFFENBURG	Oberrotweil Bickensohl	Di. 20.1.+3.2.
Sa. 31.1.76	ANSCHLUSS DER VERANLASSUNGS- GRÜNDE IN OFFENBURG	Bahlringert	Mi. 21.1.+4.2.
		Amalten Biehlinsbergen	Do. 22.1.+5.2.
		Erbsirger	Fr. 23.1.+6.2.
		Forchheim	Sa. 24.1.+7.2.
		Bischöffingen Burkheim	So. 25.1.+8.2.
		Königschaffhausen	Mo. 26.1.+9.2.
		Fehringen Leiselheim	Di. 27.1.+10.2.
		H. R. W. Meier Glask	Mi. 28.1.+11.2.
		Kerzingen Hardweil	Do. 29.1.+12.2.
		Riegel, Rimbürg Altmögg.	Fr. 30.1.+13.2.
		Wirtweilsch. C. M. - F. R.	So. 31.1.+14.2.
		Lehr Wyhl	

Der besetzte Platz bleibt für die  
Dauer der Verhandlungen  
verlassen, aber bewacht!

Abb. 8: Wachplan für Wyhl. Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

(8) Die Erfahrungen und Lehren aus dem Wirken der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sind zahlreich.<sup>15</sup> Zum einen ist die Einmaligkeit der Situation zu beachten:

- der vorherige Kampf gegen die Atomkraftwerke Fessenheim und Breisach,
- der gerade zuvor eskalierte Kampf gegen das Bleichemiewerk Marckolsheim.

Zum anderen war das Umfeld günstig:

- die Nachbarschaft Frankreichs mit seiner revolutionären Tradition,
- die eigene revolutionäre Tradition Badens (Bauernkrieg 1525, demokratische Revolution 1848),
- die anhand der Kämpfe verstärkt wieder entdeckte gemeinsame alemannische Identität im Dreiländereck bzw. Dreyeckland,
- die geplante, gefürchtete Industrialisierung im Oberrheingebiet,
- die um ihre wirtschaftliche Existenz (Landwirtschaft und Weinbau) und später verstärkt auch um Gesundheit und Leben besorgte einheimische

<sup>15</sup> Im Folgenden in Erweiterung von Ausführungen *Sternsteins* (wie Anm. 13).

- Bevölkerung, von der erhebliche Teile ein fast unglaubliches Engagement und gegenseitige Mobilisierung und Solidarität zeigten,
- das große Potential an engagierten Wissenschaftlern an den oberrheinischen Universitäten, insbesondere in Freiburg, und die hierdurch erzielte auch wissenschaftliche Seriosität der Protestbewegung,
  - der steigende Einfluss der 1968er Protest-Ereignisse auf das Engagement vieler,
  - das »brennende Interesse«, Erfahrungen anderer kennen zu lernen und zu nutzen,
  - das Interesse der Medien, auch wenn die eine oder andere Zeitung gelegentlich an saubere Berichterstattung erinnert werden musste, und die Medienkompetenzen der Bürgerinitiativen und ihres Umfelds (u. a. des BUND-Vorläufers am südlichen Oberrhein, Aktion Umweltschutz e. V.),
  - die dichte Besiedlung, die Kontakte erleichterte,
  - eine dichte Vereinsstruktur, z. B. in Weisweil mit 20 Vereinen bei ca. 1500 Erwachsenen,
  - in den Dörfern weitgehend intakte Gemeinschaften,
  - eine besonders schöne und verteidigungswerte Region,
  - und ein orts- und regionalbezogenes Demokratieverständnis fast schweizerisch-alemannischer Art, das sich auf den Artikel 20.2 des Grundgesetzes: »Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus« berufen konnte. Die von bedrohlichen Planungen Betroffenen wollten ohne eigene Zustimmung sich nicht beugen: *Nit allem sich neige, s' Eige zeige*, hieß es in einer großen Zeitungsanzeige von aktiven Winzern und Handwerkern am 25. Februar 1975 in der Badischen Zeitung, in dem sie ihren Austritt aus der CDU verkündeten.

Entscheidende weitere Gründe für den großen Erfolg der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen waren nach Auffassung verschiedener Beobachter die drei Grundsätze:

- Gewaltfreiheit, aber: bürgerlicher Ungehorsam bis hin zu illegalen Aktionen wie Platzbesetzung (nicht durch Vereine, sondern durch Einzelpersonen) als äußerste Mittel in bestimmten Situationen,
- Überparteilichkeit, keine Parteipropaganda und kein Parteienstreit im Rahmen der Arbeit der Bürgerinitiativen,
- Verbindlichkeit von Mehrheitsbeschlüssen, mit dem steten Versuch, Konsens zu erzielen und Kampfabstimmungen zu vermeiden.

Als wesentlich sind auch folgende Prozesse anzuführen:

- intensives »Politisches Lernen« aller Beteiligten,
- die Aktivierung von StaatsbürgerInnen,
- die Aufhebung der Trennung von Wissenschaft und Leben, von Theorie und Praxis,
- Erlernen von Toleranz und das Ertragen der Andersartigkeit anderer,

- der Abbau von Angst vor Regierenden und Behörden,
- Wachsamkeit und Aktion gegen Ausgespieltwerden unterschiedlicher Gruppen und gegen Spaltungsversuche seitens der Regierung und Betreiber,
- paralleles Beschreiten auch des Rechtswegs im Falle Wühl,
- Aufzeigen von konstruktiven Alternativen zur Atomkraft,
- Wachsen eines Zusammengehörigkeits- und Gemeinschaftsgefühls und
- der Rhein wurde nicht (mehr) als Grenze gesehen.

Kurz: Der Souverän war erwacht. Die Geschlossenheit des Widerstands war beispielhaft, die Loyalität der von den Aktivisten der Region als Menschen wahrgenommen Polizei »schwindend«, die anders wiederum die Aktiven der Bürgerinitiativen überwiegend als seriöse BürgerInnen wahrnehmen konnte – ziemlich anders als bei vielen späteren Antiatomkämpfen in Norddeutschland und z. B. in Malville/Rhone.

### 3. Die »Offenburger Vereinbarung« – ein Staatsvertrag: Die zweite Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Landesregierung versuchte, den illegalen Zustand des besetzten Bauplatzes angesichts der Stärke der Bürgerinitiativen schließlich durch Verhandlungen zu beenden. Die Bürgerinitiativen ließen sich unter dem Druck drohender polizeilicher Räumung und schwerer finanzieller Schadenersatzansprüche und Strafantrohungen gegen die Initiativen (800 Mio. DM) und Einzelpersonen (bis 0,5 Mio. DM) darauf ein und erklärten, dass der besetzte Bauplatz während der Verhandlungen verlassen werde, aber bewacht bleibe.

In der so genannten »Offenburger Vereinbarung« vom 31. Januar 1976 zwischen Land, Bürgerinitiativen und dem Betreiber Kernkraftwerk Süd KWS wurde hauptsächlich vereinbart:

- zu den wichtigsten strittigen Sachfragen werden zusätzliche unabhängige Gutachten eingeholt,
- die KWS verzichtet auf Schadenersatzansprüche, alle Strafverfahren werden eingestellt,
- die Bürgerinitiativen bekennen sich zur Gewaltlosigkeit und räumen den Bauplatz,
- die Bürgerinitiativen beschränken sich auf politischen Widerstand und den Rechtsweg,
- die Landesregierung behält sich die Entscheidung darüber vor, wann sie die Bedenken der Bevölkerung ausgeräumt sieht.

Bei den Bürgerinitiativen waren die Verhandlungen und deren Ergebnis ziemlich umstritten. Geschichtlich war man sich auch einer gewissen Parallele zu den Offenburger Verträgen des Bauernkriegs von 1525 bewusst, die damals alsbald zur vernichtenden Niederlage der Bauern führten. Trotzdem nahmen sie die Vereinbarung mit großer Mehrheit an bei Enthaltung der el-

sässischen Initiativen und Gegenstimmen vor allem aus Reihen der städtischen Initiativen. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen setzten nun weiter auf politischen Druck und Information und traten 1976 u. a. mit ihrer »Zweiten gemeinsamen Erklärung« an die Öffentlichkeit:

- Man habe die Offenburger Vereinbarung nur akzeptiert in der Erwartung, dass die Regierung nicht wieder versucht, das Atomkraftwerk gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.
- Widerlegt seien die Behauptungen der Atombefürworter zur Energiepolitik und zu Arbeitsplätzen.
- Nicht widerlegt seien die Gründe der Bürgerinitiativen gegen die Atomkraft.
- Die Bürgerinitiativen seien stärker geworden an Zahl und hätten auch den Kampf gegen die Resignation gewonnen.
- Falls die Regierung die Bedenken der Bürgerinitiativen nicht respektiere, müssten sie Mittel und Wege finden, sich und die Heimat zu schützen.
- Die Bevölkerung wird aufgerufen, den Rechtsweg finanziell zu unterstützen, den die »Wyhl-Kläger« stellvertretend für die BürgerInnen wahrnehmen.<sup>16</sup>

Nach einem Jahr Streit zwischen Land und Bürgerinitiativen um die Unabhängigkeit der Gutachter sowie um den Inhalt und die Unvollständigkeit der Gutachten im Gefolge der Offenburger Vereinbarung, erklärte das Land im Dezember 1977 die Erfüllung der Offenburger Vereinbarung. Die Bürgerinitiativen stellten dagegen die Nichterfüllung der Offenburger Vereinbarung fest.<sup>17</sup> Voraussetzung für Ihre Annahme der »Offenburger Vereinbarung« waren u. a. folgende Grundsätze:

- Über Leben und Gesundheit kann man nicht verhandeln.
- Solange unsere Bedenken nicht ausgeräumt sind, darf das Atomkraftwerk nicht gebaut werden.

#### 4. Der Rechtsweg – wichtige Rückendeckung, aber schließlich enttäuschend: Die dritte Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die wichtigen Erfolge der Wyhl-Kläger 1975 im Sofortverfahren vor dem Verwaltungsgericht Freiburg und der Sieg im März 1977 im Hauptsacheverfahren ebenfalls vor dem Verwaltungsgericht Freiburg gab den Bürgerinitiativen, für die stellvertretend einige Bürger klagten, jeweils die erhoffte zeitliche Rückendeckung bis zum November 1981, der Niederlage im Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgerichtshof in Mannheim. Während das Verwaltungsgericht Freiburg Sicherheit vor Reaktorkatastrophen und

<sup>16</sup> Siehe Wyhl I (wie Anm. 8), Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>17</sup> Siehe Wyhl II (wie Anm. 1).

deswegen eine Berstsicherung für den Reaktordruckbehälter verlangte, versagten die höhere Instanz in Mannheim und das Bundesverwaltungsgericht aus Bürgerinitiativen-Sicht mit ihren abweisenden Urteilen Anfang und Mitte der 80er Jahre.<sup>18</sup> Schließlich war doch nach Harrisburg (USA, 1979) und diversen Beinahe-Unfällen sowie mit der offiziellen Deutschen Risikostudie Kernkraftwerke (Phase A, 1979; erst recht mit deren Phase B, 1989) erneut klargestellt: Schwere Unfälle und Katastrophen bei Atomkraftwerken sind real möglich und können jederzeit beginnen. Eine Konsequenz: Der Atomkraftwerksbetrieb widerspricht den Grundrechten der BürgerInnen auf Leben und körperliche Unversehrtheit sowie auf Menschenwürde. Dies ergibt sich aufgrund der vorgenannten Fakten in Verbindung mit dem so genannten Kalkar-Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom September 1978.

Mit der auch finanziellen Solidarität vieler MitbürgerInnen, die den Klageweg per »Rechtsschutz-Bon« unterstützten, und einiger Gemeinden um Wyhl konnte den Wyhl-Klägern die große finanzielle Last der hohen Prozesskosten abgenommen werden.

Das Wyhl-Buch II mit Anhang zum Mannheimer Urteil, erneute Großveranstaltungen in Sasbach im Januar 1982 und Aktionstage am Oberrhein vom 16. bis 18. September 1982 von Marckolsheim über den Kaiserstuhl bis Kaiseraugst/Basel mit Kundgebung und »Beistandspakt« am Rhein in Wyhl waren Reaktionen auf die neue Lage. Und die »Dritte Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zu Wyhl«, beschlossen von ihren Delegierten am 2. April 1982 in Forchheim bei Wyhl, stellte klar:

*In Wyhl hat die Bevölkerung selber Geschichte gemacht; in Wyhl fällt die Entscheidung über unsere Zukunft. ... Von Wyhl ging eine demokratische Hoffnung aus und die Erkenntnis, dass die Menschen nicht zwangsläufig ihre Lebensgrundlagen zerstören müssen ... unser Lebensraum hört nicht an der Landesgrenze auf ... Deutsche, schweizerische und französische Betreiber machen überall in unserer Region nationalistische Propaganda, um dann ein AKW hinter das andere an den Oberrhein zu setzen.*

Die Initiativen verlangten die Stilllegung Fessenheims und bekräftigten, dass sie auch ein Atomkraftwerk in Marckolsheim gemeinsam zu verhindern bereit wären.

Im Falle Wyhl drohten die Initiativen der Landesregierung, bei dem Versuch, den Bau gewaltsam durchzusetzen, mit äußerstem gewaltfreien Widerstand, ja mit Unregierbarkeit, z. B. mit Grenzblockaden von beiden Seiten. Und:

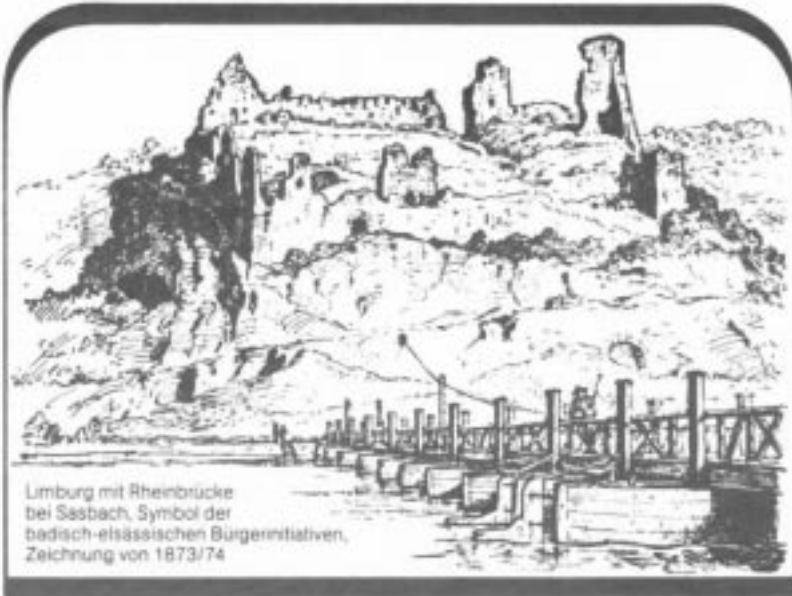
*... wir erklären, dass wir kein Recht haben, unseren Widerstand aufzugeben, wir tragen auch die Verantwortung für unsere Kinder ... wir haben einen langen Atem.*

---

<sup>18</sup> Siehe u. a. Der Umwelt-Bote 30 und 35.

# RECHTSSCHUTZBON

ZUR ABWEHR  
EINES ATOMKRAFTWERKS WYHL



Limburg mit Rheinbrücke  
bei Sasbach, Symbol der  
badisch-elsässischen Bürgerinitiativen,  
Zeichnung von 1873/74

MIT IHRER SPENDE ÜBER DM 50.-

in den Treuhandfond leisten Sie einen persönlichen Beitrag zur endgültigen Abwehr einer großen Bedrohung unseres heimatlichen Lebensraumes. Ihre Hilfe wird eingesetzt zur bestmöglichen Vorbereitung und Durchführung des zweiten Wylprozesses vor dem Verwaltungsgerichtshof Mannheim.

DIE BADISCH-ELSÄSSISCHEN  
BÜRGERINITIATIVEN

Abb. 9: Rechtsschutz-Bon als Mittel der finanziellen Unterstützung. Vorlage: Badisch-El-sässische Bürgerinitiativen, Weisweil.



## 5. Allmählicher weiterer Rückzug der Landesregierung und endgültiger Verzicht auf Wyhl

Der »lange Atem« und die intensive weitere Informationsoffensive der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, ab Anfang der 80er Jahre verstärkt zusammen mit der Landesgeschäftsstelle des im Gefolge von Wyhl besonders hier, aber auch landesweit stark gewachsenen Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) in Freiburg, führten 1982/83 zu Gemeinderatsmehrheiten in nahezu allen Städten und Gemeinden des mittleren und nördlichen Breisgaus.

Im Juni 1983, acht Jahre nach »Wyhl«, im vierten Anlauf nach intensiver Lobbyarbeit, entschied sich endlich auch der Gemeinderat Freiburg mit einer Stimme Mehrheit, der des Oberbürgermeisters Dr. Rolf Böhme, gegen das Atomkraftwerk Wyhl.<sup>19</sup> In Freiburg hatte sich zuvor eine von den dortigen Bürgerinitiativen erzwungene offizielle Bürgerversammlung nachdrücklich gegen das Atomkraftwerk Wyhl ausgesprochen.

Das Land zog sich in der Folge unter Ministerpräsident Lothar Späth schrittweise von den Wyhl-Planungen zurück. Aber erst im Frühjahr 1994 wurde das bisherige Bauvorhaben der zwei Wyhl-Reaktoren endgültig eingestellt, später auch die Standortsicherung in der Landesplanung zurückgezogen, der Messmast abgebaut, das Gebiet auf Drängen der bürgerlichen und behördlichen Umwelt- und Naturschützer unter Naturschutz gestellt. Das Gelände gehört aber weiterhin den Betreibern, die es nicht rückverkaufen wollen, was die Bürgerinitiativen misstrauisch hält.

## Fessenheim (II) und die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen: Breite Proteste und die Kontrollkommissionen

Der Wind wehe meist ins Badische, beruhigte ein Bürgermeister dem Vernehmen nach seine elsässischen MitbürgerInnen. Der Baubeginn der beiden Reaktoren in Fessenheim war Anfang 1971, die Inbetriebnahme 1977. Große Demonstrationen fanden seit Mai 1971 statt, 1972 ausdrücklich als grenzüberschreitender Protest, im Mai 1975 erstmalig als Veranstaltung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Die Klage elsässischer Umweltschützer ging 1978 verloren. Zuvor, im Herbst und Winter 1976/77, hatten die elsässischen Atomgegner ihre Anstrengungen nochmals erheblich gesteigert. Eine große Koalition von Vereinigungen, Kommunalpolitikern und Persönlichkeiten forderte vor Inbetriebnahme des Reaktors die Erfüllung von vier »Grundgarantien«:

- eine unabhängige Kontrollkommission,
- die Veröffentlichung des Evakuierungsplans (Katastrophenplan),

<sup>19</sup> Badische Zeitung vom 29. Juni 1983.

- Alarmübungen,
- die Befragung der Bevölkerung.

Ein über dreiwöchiger Hungerstreik von Atomkraftgegnern in Roggenhouse, darunter die spätere Europaabgeordnete Solange Fernex, erreichte zwar große Solidarität in der Bevölkerung, auch über das Elsass hinaus, aber in der Sache nur die Einsetzung einer regionalen Kontrollkommission aus Generalräten, Bürgermeistern und Vertretern von elsässischen Bürgervereinigungen.<sup>20</sup> Die Kommission besteht auch heute noch und stellt Fragen an die Werksleitung.

Der Katastrophenplan über Fessenheim gelangte teilweise in die Hände der Bürgerinitiativen, die ihn im März 1977 in Freiburg unter den Augen der Staatsanwaltschaft der Öffentlichkeit vorstellten: der Planinhalt entpuppte sich als katastrophal – er schützte aus deren Sicht eher den Ablauf der Katastrophe.<sup>21</sup> Die Behörden waren verärgert, Gespräche der Initiativen mit Landtag und Landesregierung in Stuttgart zum Thema erbrachten nichts Wesentliches. Die Landesoberen wirkten wie zuvor bei Wyhl parteiisch pro Atomkraft. Die überwiegend landeseigene Badenwerk AG hatte sich nämlich an den Baukosten von Fessenheim beteiligt und sich dadurch bei den beiden 900 MW-Blöcken Bezugsrechte in Höhe von insgesamt 300 MW (Megawatt) elektrischer Leistung gesichert. Weitere 300 MW gingen entsprechend in die Schweiz.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bilden daher eine ehrenamtliche Internationale Kontrollkommission (IKK). Sie sollte politische und öffentliche Kontrolle ausüben, indem sie die ungelösten Probleme des Reaktorbetriebs in die Öffentlichkeit brachte. Der erste Fragenkatalog der IKK blieb 1978 beiderseits des Rheins – bei der Werksleitung wie bei Ministerpräsident Späth – in der Sache völlig unbeantwortet. 1980 konnte die IKK der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zusammen deren Arbeitsgruppe Fessenheim und dem Öko-Institut interne französische Unterlagen über Rissbildungen in wichtigsten Reaktorbauteilen dokumentieren und öffentlich vorstellen.<sup>22</sup> Die Risse-Thematik dominierte zwar zeitweise die öffentliche Diskussion zu Fessenheim in den Folgejahren; sie führte auch zu Aktivitäten der Betreiber und der offiziellen deutsch-französischen Reaktorsicherheitskommission, aber nicht zur vorzeitigen Stilllegung der Reaktoren.

Es kam in den Jahren ab 1977 auch auf badischer Seite zu breiten Protesten gegen den Betrieb Fessenheims (LehrerInnen, Ärztinnen und Ärzte, SchülerInnen usw.). Zahlreiche Vereinigungen aus dem Dreiländereck wollten zu Pfingsten 1981 eine sternförmige Radtour nach Colmar durchführen mit ei-

---

<sup>20</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>21</sup> Fessenheim (wie Anm. 6).

<sup>22</sup> Risse in Fessenheim ?! Dokumente zur Reaktorunsicherheit. Hg. Arbeitsgruppe Fessenheim der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen. Freiburg i. Br. 1980.

ner Abschlusskundgebung. Die Badener RadlerInnen wurden jedoch von CRS-Polizeinheiten an der Grenze gestoppt, die gemeinsame Großdemonstration in Colmar damit verhindert. Die drei Grenzübergänge südlich von Kehl wurden daraufhin von den Demonstranten blockiert. Das Echo in den Medien in Südbaden war positiv für die Initiativen. Weitere Pfingstaktionen der Bürgerinitiativen zuvor und in Folgejahren fanden statt, konnten aber zu Fessenheim nichts erreichen.<sup>23</sup>

Fachgespräche der Bürgerinitiativen zu Reaktorsicherheit sowie Katastrophenschutz mit Vertretern der Bundesregierung, der deutschen Reaktorsicherheitskommission (RSK) und der Landesregierung führten zu folgenden Einsichten:

- wenn die Bürger Recht hätten, müsste das Atomprogramm gestoppt werden, so ein Bonner Staatssekretär;
- die von der RSK propagierte Basissicherheit der Stähle beruhe auf dem Prinzip Hoffnung;
- *bei schweren Reaktorunfällen können wir nichts machen*, so der für den Katastrophenschutz in Baden-Württemberg zuständige Staatssekretär.

Trotzdem versuchen die Behörden bis zum heutigen Tag immer wieder, die BürgerInnen mit Hochglanzbroschüren zum Katastrophenschutz zu beruhigen. Deren Inhalt brandmarkten die Bürgerinitiativen mit einer Broschüre und viel verteilten Infoblättern mit dem Titel »Im Ernstfall hilflos«. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen ließen zwei Gutachten erstellen zu den katastrophalen Folgen möglicher Unfälle in Fessenheim.<sup>24</sup> Offizielle französische Reaktorstudien hatten selbst eingestanden, dass Reaktorkatastrophen in Fessenheim stattfinden könnten. Politik und Behörden beiderseits des Rheins versagten jedoch erneut bei ihrer Pflicht, die Bevölkerung vor solchen Möglichkeiten zu schützen. Bei der Tagung, bei der die offiziellen Studien 1990 in der Katholischen Akademie in Freiburg vorgestellt werden, glänzten sie durch Abwesenheit.

Als Teilerfolg mussten Anzeichen gewertet werden, dass selbst französische Verantwortliche nicht mehr an die Möglichkeit glaubten, dass die Blöcke 3 und 4 von Fessenheim gebaut werden. So hatte der EDF-Direktor Boiteux verlauten lassen, dass es ohne einen Minimalkonsens der deutschen Bevölkerung am Rhein nicht ginge,<sup>25</sup> und Fessenheims damaliger Kraftwerksdirektor Bonnet hatte erklärt, *ich glaube nicht, dass die elsässische Bevölkerung mit dem Bau zweier zusätzlicher Blöcke in Fessenheim einverstanden wäre*.<sup>26</sup> Und schließlich hatte der französische Präsident Mitterrand den

<sup>23</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).

<sup>24</sup> Veröffentlicht in Kurzform in: Der Umwelt-Bote 43.

<sup>25</sup> Zit. nach Der Umwelt-Bote 40.

<sup>26</sup> Zit. nach Badische Zeitung vom 30. September 1988.



Abb. 10: Handzettel und Aufkleber gegen Fessenheim. Vorlage: Badisch-El-sässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

protestierenden Bürgermeistern des Markgräflerlands brieflich erklären lassen, dass ein dritter und vierter Block nicht mehr vorgesehen sei.<sup>27</sup>

Aktive der Bürgerinitiativen fürchten aber, die EDF könnte eines Jahres als Ersatz für die bisherigen Reaktoren einen neuen Antrag für einen so genannten Euro-Reaktor stellen, der in Westfrankreich bei Nantes/Le Carnet wegen zu großen Widerstands der Bevölkerung bisher nicht errichtet werden konnte.

Die Aktivitäten der Bürgerinitiativen ließen in den Folgejahren zumindest vorübergehend nach. 2001 gelang wieder eine große Demonstration in Colmar für den Atomenergie-Ausstieg, zusammen mit dem gesamtfrenchösischen Anti-Atomnetzwerk Sortir du Nucleaire. Südbadische Atomgegner sind auch als Redner vertreten.

## Heitersheim, Schwörstadt, Gerstheim, Heiteren

Weitere weniger breit bekannt gewordene Brennpunkte des Widerstands von BürgerInnen und Bürgerinitiativen gegen Atomkraft am südlichen Oberrhein waren die folgenden vier Orte:

Heitersheim: Parallel zu Wyhl führte 1973–1975 die Auseinandersetzung um die geplante Uran- und Plutoniumverarbeitungsfabrik (»Brennelementefabrik«) der Babcock-Brown Boveri-Reaktor GmbH (BBR) in Heitersheim schließlich zum Abbruch des Projekts und zur Verlagerung in das Emsland aufgrund des dort geringeren Widerstands.<sup>28</sup>

Schwörstadt bei Lörrach, am Hochrhein gelegen: Gegen den dortigen Atomkraftwerksstandort wehrte sich die Bürgerinitiative AGUS Schwörstadt in Kooperation mit schweizerischen, badischen und elsässischen Bürgerinitiativen. Die Standortsicherung wurde in den 90er Jahren vom Landtag in Stuttgart widerrufen.

Gerstheim 1977 – »eine Bilderbuchplatzbesetzung«: Kaum war der Messmast für den künftigen Atomkraft- und Urananreicherungs-Standort Erstein-Gerstheim (südlich von Straßburg) von der EDF errichtet, besetzten BürgerInnen von Gerstheim und umliegenden Gemeinden am 26. Januar 1977 den Standort. Vier Tage später demonstrierten 5000 Atomgegner, darunter viele Südbadener. Die Platzbesetzer, überwiegend ältere Menschen, kamen aus 50 Gemeinden. Das Platzleben mit Freundschaftshaus und Veranstaltungen entwickelte sich wie 1974 in Marckolsheim und 1975 in Wyhl. 86 Prozent der Bevölkerung der örtlichen Umgebung waren gegen Atomkraft. Am 24. August 1977 verkündete das Organisations- und Verteidigungskomitee der Gerstheimer Platzbesetzung (CODSEG) nach Zusage des Abbaus

<sup>27</sup> Zit. nach Badische Zeitung vom 3. Dezember 1988.

<sup>28</sup> Kein Plutonium nach Heitersheim. Broschüre des Arbeitskreises Umweltschutz an der Universität Freiburg, Mai 1975.



Abb. 11: Demonstration 2001 in Colmar. Aufnahme: Georg Löser, Gundelfingen.

des Messmasts seinen Sieg und das Verlassen des Platzes. Zugleich erklärten mehr als 60 VertreterInnen von Gemeinden und Vereinigungen der Umgebung und aus dem ganzen Unterelsass in Form ihres »Schwurs von Gerstheim« auf französisch und deutsch,

- sich mit allen Mitteln, die man für gut halte, gegen alle weiteren Atomenergieplanungen in Gerstheim und in der Rheinebene zu widersetzen,
- die Solidarität mit allen, die in Frankreich und jenseits dessen Grenzen gegen Atomenergie kämpfen,
- das Verlangen zum Stopp aller Nuklearprogramme und zum Erforschen der alternativen Energiequellen und der Energieeinsparung.<sup>29</sup>

Diese »Sprache«, deren Semantik an die erste und zweite Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen (1974/1976) anknüpfte, wurde von der Politik und der EDF ein Stück weit verstanden.

Heiteren 1977: Parallel zu Gerstheim fand seit März 1977 bei Heiteren nahe Fessenheim eine weitere Bauplatzbesetzung um einen halb fertigen riesigen Hochspannungsmasten statt. Er war Teil der Leitung, die den Strom von Block II Richtung Paris transportieren sollte. Weil nach der Inbetriebnahme von Block I im März 1977 die Protestbereitschaft in und um Fessenheim nachgelassen hatte, beteiligten sich aus rechtsrheinischen Orten und aus Freiburg viele BürgerInnen an der Platzbesetzung; sie übernahmen dessen Bewachung und Beaufsichtigung jeweils mittwochs. In der Nacht vom 13. auf den 14. Juli 1977 führten zehn zum Teil militärisch gekleidete Männer mit Molotowcocktails einen Brandanschlag auf das Freundschaftshaus und die Schlafstätten aus. Ein Freiburger musste bei schweren Verbrennungen fast mit dem Leben bezahlen. Von der örtlichen Polizei wurde vermutet, dass Schlägermilizen oder der staatliche Service d'Action Civic (SAC) in die Aktion verwickelt waren. Sprecher der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen erklärten, dass bei Heiteren und Fessenheim versucht worden sei, Elsässer und Badener zu spalten und zu altem Chauvinismus aufzuheizen. Die weitere Platzbesetzung wurde wenig später von Polizeieinheiten brutal beendet.<sup>29</sup>

## Die »vierte« (Europa-)Erklärung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen von 1991 und die Wyhler Jahrestage

### 1. Die Europa-Erklärung

Zusammen mit rund 20 weiteren Umweltschutzvereinigungen und -verbänden aus dem Dreiländereck am südlichen Oberrhein gingen die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen 1991 mit einer vierten gemeinsamen Erklärung an die Öffentlichkeit. Diese Erklärung mit dem Titel *Das Europa, das wir be-*

<sup>29</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).



*kommen, ist nicht das Europa, das wir wollen. Die Umweltzerstörung im Dreieckland, im Herzen Europas, geht weiter* griff die Schreckensvision eines möglichen »Ruhrgebiets am Oberrhein« vom Anfang der 70er Jahre wieder auf. Sie zeigte die in den 20 vergangenen Jahren verhinderten gefährlichen Anlagen auf und solche, die nicht verhindert werden konnten oder noch in Planung sind. Die Erklärung wendete sich gegen das *Europa der Konzerne, ein Europa der Zerstörung, in dem die Menschen gegeneinander ausgespielt werden.*

Sie betonte: *Ein Europa, das nur von Wirtschafts- und Wachstumsinteressen bestimmt wird, ein Europa, das kein Europa der Menschen und Regionen wird, kann langfristig keinen Bestand haben.* Die Vereinigungen wollten weiter grenzüberschreitend Widerstand leisten gegen umweltzerstörende Großprojekte. Ihnen entgegen setzten Sie ihre Vision vom »Dreieckland« als *das blühende Herz eines ökologischen Europas.*

Diese Erklärung fand in der elsässischen Presse keinerlei Echo, obwohl sie übersetzt wurde. Im Badischen und in der Nordwestschweiz gab es dagegen ein gutes Presse-Echo. Die Erklärung fand im Jahre 2001 eine gewisse Fortsetzung im Kooperations-Vertrag der Umweltverbände am Oberrhein für den »Zukunftsfähigen Oberrhein«.

## 2. Die Wyhler Jahrestag-Treffen 1995 und 2000

Der Begleittext für die Veranstaltung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zum 20. Jahrestag der ersten Wyhler Platzbesetzung reflektiert die erheblichen Erfolge der Bewegung von Wyhl über Kaiseraugst bis Gerstheim. Er analysierte die Stärken der Menschen der Bewegung vor 20 Jahren – u. a. Selbstvertrauen, Kompetenz, Unberechenbarkeit, Emotionalität, Zorn und Wut – und Veränderungen seitdem. 20 Jahre nach Wyhl gebe es eher mehr als weniger zu tun, die regionalen und weltweiten Umweltprobleme hätten trotz mancher Entschärfung massiv zugenommen. Nach wie vor Ziel sei ein *Dreieckland, in dem nachhaltig und erdverträglich gelebt und gewirtschaftet werde.*

Der Text der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zur Veranstaltung zum 25. Jahrestag der Wyhler Bauplatzbesetzung betonte den notwendigen Druck zur Stilllegung der Atomkraftwerke »anderswo«, z. B. in Fessenheim, und den weiter notwendigen Druck von unten: »unser Druck«. Vor 25 Jahren habe man Nein zur Atomenergie, aber Ja zum Leben gesagt. Die ökologischen Energiealternativen, damals Vision, seien heute »am Boomen«. Die Referenten der Veranstaltung kamen u. a. aus Gorleben, aus Kaiseraugst und natürlich aus dem Elsass.



Abb. 12: Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.



# WYHL 15 JAHRE DANACH

1975-PLATZBESETZUNG IM WYHLER WALD  
1990-KEIN ATOMKRAFTWERK AM KAISERSTUHL -  
ABER: EIN AKW IN FESSENHEIM, EIN AKW IN LEIBSTADT, EINE  
ATOMFABRIK IN WÜRENLINGEN, URANABBAU IN MENZENSCHWAND  
NITRAT IM BODEN, GIFT IN DER LUFT, WALD KAPUTT... WIE WEITER?

BADISCH-  
ELSAßSISCHE  
BÜRGERINITIATIVEN

**3. MÄRZ** 1990 GASTHAUS LIMBURG **SASBACH**

## Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen im Rückblick und heute: Auswirkungen und Folgewirkungen

### 1. Unterstützung des Widerstands bei Atomstandorten außerhalb der Region

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen betrieben keineswegs »Sankt-Florians-Politik«, was auch einer ihrer Wahlsprüche »Kein Atomkraftwerk in Wyhl und anderswo« beweist. Vielmehr nahmen per langen Sonderzügen jeweils über 1000 ihrer »Mitglieder« teil an den großen Anti-Atomdemonstrationen u. a. 1979 in Hannover und Bonn gegen die Atom Müllpläne der Regierungen für Gorleben und gegen die Pro-Atompolitik der Bundesregierung. Vielfältige Kontakte und Wirkungen bestanden bzw. bestehen zum Widerstand in anderen Atomregionen: u. a. am Hochrhein, Wackersdorf, Gorleben und im Ausland, insbesondere auch nach Japan mit bekannten Folgen auch für Freiburg mit in der Folge zahlreichen Verbindungen zu und Besuchern aus Japan.<sup>30</sup> 1988 kam im Rahmen einer von Freiburger Wyhl-Aktiven (u. a. federführend der Autor) koordinierten bundesweiten Aktion eine Delegation von VertreterInnen verschiedener vom Uranbergbau betroffener Ureinwohnergemeinden aus aller Welt in den Wyhler Wald und nach Weisweil. Und: Der in Deutschland beschlossene, viel zu langsame Atomenergieausstieg geht in seinen Ursprüngen (mit) auf die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zurück.

Das Interesse riss auch nach 2000 nicht ab. Ein neuer Anziehungspunkt ist seit 2000 der Gedenkstein der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen im Wyhler Wald, nun mit ausdrücklicher Zustimmung der Gemeinde und des Gemeinderats von Wyhl.

### 2. Denk-Male

Viele deutsche Märchen enden mit »Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch heute«. Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben da vorgesorgt. Sie haben zum Nachdenken, zur Erinnerung und für ihre weitere Wirkung selber »Denk-Male« gesetzt:

- ihre großen Erfolge: Marckolsheim, Wyhl, Gerstheim und weitere Wirkungen,
- ihr – ungenügender – Teilerfolg bei Fessenheim,
- ihr Widerstand als Symbol und Beispiel für viele andere Atom-Standorte,
- ihre vier Erklärungen,
- die Offenburger Vereinbarung,

<sup>30</sup> Wyhl II (wie Anm. 1).



Abb. 13: »Nai hämmer gsait« – Enthüllung des Gedenksteins im Wyhler Wald am 20. Februar 2000. Vorlage: Badische Zeitung vom 21. Februar 2000. Aufnahme: Bernhard Rein, Rust.

- die Wyhl-Bücher, die Filme und Fotos, die Lieder, Dichtung und Sprüche, die Aufkleber und
- Plakate, die Umwelt-Boten, die Programme der »Volkshochschule Wyhler Wald«, die Ausgaben von »Was Wir Wollen«, die vielen anderen Erklärungen und tausende Einzeldokumente,
- seit 2000 den Gedenkstein »Nai hämmer gsait!« im Wyhler Wald nahe dem früheren Bauplatz,
- die Veränderung in den Köpfen und Herzen vieler Menschen,
- die Überwindung der Rheingrenze und einen Anschub zum Abbau der Grenzen am Oberrhein.

Und im Verlauf des Jahres 2003 wird es das Anti-Atom-Archiv der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen in Weisweil geben.

Die Bürgerinitiativen am Oberrhein haben viele Erfolge gehabt. Aber es kann auch alles vergebens gewesen sein, falls im Atomkraftwerk Fessenheim oder auch bei entsprechenden Windrichtungen in den nordwestschweizerischen Atomkraftwerken und anderswo schwere Unfälle passieren. In ersteren Fällen könnte das Dreiländereck unbewohnbar werden, mit Millionen Opfern.

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen bestehen auch heute noch. Sie sind aber als solche deutlich weniger aktiv und strukturiert als in den 70er und 80er Jahren. Sie verfügen weiterhin über eine ehrenamtlich betreute Ge-



**1975 – 1995**

**NAI**

**HÄMMER GSAIT!**



**KEIN ATOMKRAFTWERK  
IN WYHL UND ANDERSWO**

**Erinnerungen für die Zukunft**

*Samstag, 18. Februar 1995*  
*13<sup>30</sup> und 19<sup>30</sup> Sasbach, Gasthaus Limburg*

*Sonntag, 19. Februar 1995*  
*14<sup>00</sup> Wyhler Wald*  
*15<sup>30</sup> Weisweiler evang. Gemeindehaus*

Abb. 14: Vorlage: Badisch-Elsässische Bürgerinitiativen, Weisweil.

## Wyhl 1975-2000



### Von der Bauplatzbesetzung zum Atomausstieg

*Samstag, 19. Februar 2000*

*Weisweil*

*Sonntag, 20. Februar 2000*

*Wyhl*



schäftsstelle und Pressesprecher. Sie richten im Jahr 2003 ihr Anti-Atom-Archiv ein. Sie finden weiter Interesse bei Besuchern aus aller Welt, bei der Geschichtsforschung. Viele ihrer ehemals Aktiven wirken in der Region oder anderswo in ihrem Sinne weiter. Andere, auch viele ihrer Aktiven haben wieder ein »normales« Leben angenommen oder mussten dies tun aus diversen Rücksichtnahmegründen. Es entstanden ungezählte dauerhafte Freundschaften, auch bi- und trinational. Im Streit um die Sache oder auch wegen des enormen persönlichen Engagements vieler Beteiligten gab es aber auch manche menschliche Beziehungsstragik. Und einige der vordersten MitkämpferInnen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sind inzwischen verstorben. Die Bürgerinitiativen gedenken ihrer.

### 3. Weitere Folgewirkungen und Nachwirkungen der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen

Die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen haben in verschiedenen Schichten der Bevölkerung über die »heißesten Jahre« 1974–1977 hinaus ein großes Potential an geistiger Energie und Folgewirkungen freigesetzt. Hierzu eine Reihe von Informationen und Thesen:

(1) Am bekanntesten ist Wyhl als Vorbild und Beispiel für den Widerstand gegen Atomenergieanlagen andernorts, nicht nur in Deutschland, etwa im Rahmen des Bundesverbands der Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU) und vieler Standortbürgerinitiativen von Gorleben/Niedersachsen bis Wackersdorf/Bayern, sondern auch international.

(2) Im Gefolge der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen wirkten von 1986 nach der Tschernobyl-Atomreaktorkatastrophe bis 2001 die Südbadischen Bürgerinitiativen mit Schwerpunkt im Markgräflerland. Diese führten zweimal jährlich grenzüberschreitende Sitzungen mit den elsässischen Umweltgruppen Alsace Nature und CSFR durch zu regionalen, auch grenzüberschreitenden Themen.

(3) Die hauptamtlich ausgestatteten großen Umwelt- und Naturschutzverbände der Region am Oberrhein haben inzwischen die Hauptarbeit bei der grenzüberschreitenden Kooperation der BürgerInnen im Natur- und Umweltschutzbereich übernommen. Sie gipfelt bislang im Kooperationsvertrag von 2001 für das Fünf-Jahres-Projekt »Zukunftsfähiger Oberrhein« mit dem langfristigen Leitbild einer Öko-Modellregion Oberrhein.<sup>31</sup> Partner sind Alsace Nature, BUND und der nordwestschweizerische Verband BASNU.

(4) Im Elsass besteht CSFR weiter, und AFRPN hat sich umbenannt zu Alsace Nature und weist über 150 assoziierte weitere Vereinigungen auf, darunter CSFR und die 1977 nach dem Hungerstreik gegen Fessenheim gegründete

<sup>31</sup> Siehe BUNDSchau 2/2002.

und bei Alsace Nature assoziierte Energiewende-Vereinigung Alter Alsace Énergies. Letztere erzielte inzwischen erste Erfolge und ist Partner von entsprechenden südbadischen und nordwestschweizerischen Vereinigungen.

(5) In ihrer strikten Überparteilichkeit und durch die überparteiliche Mitwirkung vieler Parteimitglieder bei den Bürgerinitiativen haben die Bürgerinitiativen alle Parteien in der Region intensiv beeinflusst. Beispielsweise haben die CDU Südbaden – mit ihrer Grünen Charta – und die Junge Union Südbaden gerade im Bereich Energie den Bürgerinitiativen sowie den Umweltschutzverbänden relativ nahe stehende Positionen, die deutlich von der CDU-Landespolitik abweichen.

(5a) In der Region beiderseits des Oberrheins, bei Freiburg und im Oberelsass entstanden wichtige Ursprünge und Hochburgen der modernen grünen parlamentarischen Bewegung bzw. Parteien Deutschlands und Frankreichs: hier für die Partei der Grünen (insbesondere ab der Europawahl 1979), dort zunächst für Ecologie et Survie (11 % bei den Generalratswahlen 1976 im Elsass). Das Engagement der Ökologen im Elsass wirkte sich regionalistisch aus: regionale Selbstbestimmung und Aufklärung zum Schutz vor der profitorientierten Zerstörung des Lebensraums.<sup>32</sup> Mit Solange Fernex kam aus den Reihen der elsässischen Bürgerinitiativen bald eine Europaabgeordnete, später folgten die MdEPs Winfried Telkämper und Josef Leinen aus Reihen der ehemals in der hiesigen Protestbewegung Mitwirkenden. Die grüne Partei in Deutschland wiederum stellt(e) für die Ökologiebewegung in vielen anderen Staaten ein Vorbild dar. Sie hatte und hat zusammen mit den Umweltverbänden deutlichen Einfluss auf die Positionierung anderer Parteien.

(6) In Freiburg wurden die nationalen Energiewende-Studien des Öko-Instituts herausgegeben (I, 1980) bzw. entwickelt (II, 1985). In Freiburg wurden (vom Autor) von 1979 bis in die 90er Jahre maßgeblich bzw. federführend die bundesweiten Positionen und Studien des BUND zu Energiefragen entwickelt. Für das Elsass wurde schon 1983 von der Organisation »Projet Alter Alsace«, an der auch einige der elsässischen Partner der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen beteiligt waren, die Studie »Les Energies de l'Alsace« veröffentlicht. Vorgeschlagen wurde eine Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien, ähnlich wie es schon 1978 von den Wissenschaftlern der Groupe de Bellevue mit dem *Projet Alter* vergeblich für ganz Frankreich dargelegt wurde.

(7) Freiburg weist mit dem Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme das europaweit größte Zentrum für Solarenergieforschung auf. Dessen Gründer, Professor Adolf Goetzberger, führt insbesondere auch »Wühl« an

---

<sup>32</sup> Vgl. *Jean* (wie Anm. 3).

als Motiv für die Suche nach Alternativen zur Atomkraft und die Institutsgründung.

(8) In Freiburg findet mit der Intersolar die wichtigste deutsche Messe für Solarenergie mit internationaler Ausrichtung statt. Dies ist als gewisse Fortsetzung der sehr publikumswirksamen Sasbacher Sonnentage von 1976–1978 des BUND bzw. der Bürgerinitiativen und der daraus hervorgegangenen Umwelt- und Sonnenenergieausstellungen sowie der ÖKO-Messen des BUND Baden-Württemberg zu sehen. Die Sasbacher Sonnentage können zumindest für Europa als Mutter der »Umweltmessen« bezeichnet werden.

(9) Freiburg wurde als Folge der Arbeit der Bürgerinitiativen bzw. von »Wyhl« ab Ende der 70er Jahre national und bald auch international ein Mekka des Umweltschutzes und später deutsche »Umwelthauptstadt«. Freiburg entwickelte das Markenzeichen »Solarregion Freiburg« und war hiermit auf der Expo 2000 der einzige Aussteller, der sich ausschließlich zu erneuerbaren Energien präsentierte. In Freiburg wurden sehr weitreichende Konzepte für solares Bauen entwickelt und demonstriert: das Freiburg-Tienger Solarforschungshaus von 1978 (vom regionalen Arbeitskreis Sonnenhaus von BUND und DGS erstmals vorgeschlagen), das energieautarke Haus auf der Haid, das Heliotrop-Solarhaus, die Plusenergiehäuser der Öko-Solarsiedlung Schlierberg. Freiburger Persönlichkeiten der Solararchitektur, hier Rolf Disch, der Solarforschung, der Solarwirtschaft und praktischen Anwendung, manche von ihnen vormals aktiv gegen Atomkraft oder am Rande der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen, erhielten zahlreiche überregionale Preise und hohe Anerkennungen.

(10) In Freiburg siedelten sich zahlreiche Institutionen zu Umweltschutz und Energie an. Beispiele, die in den Bürgerinitiativen und »Wyhl« direkt oder indirekt ihren Ursprung haben, sind:

- die Landesgeschäftsstelle des BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland ab 1976,
- die Solarausstellungen und ÖKO-Messen des BUND von 1980 bis 2000 als Folge der Sasbacher Sonnentage von 1976–1978,
- das ÖKO-Institut ab 1977,
- das Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (FhG-ISE).

In deren Gefolge wiederum gelangten nach Freiburg:

- der Internationale Rat für kommunale Umweltinitiativen (ICLEI) mit seinem Europasekretariat,
- die Internationale Gesellschaft für Sonnenenergie (ISES),
- der deutsche Fachverband Solarenergie (DFS),
- die Solarmesse Intersolar,
- die Umweltakademie Freiburg.



Abb. 15: Einladungen zur Freiburger Umweltmesse. Vorlage: BUND Landesverband Baden-Württemberg e.V.

In Freiburg gibt es seit 1986 die erste Ökostation in Deutschland, Vorbild für viele andere Umweltzentren, erstmals erstellt vom BUND (unter Mitarbeit des Autors). In Freiburg entstand unter führender Mitwirkung von Wyhl-Aktiven mit dem Ökomedia-Institut das erste ökologische Filmfestival, das sich viele Jahre im Geiste der Bürgerinitiativen und von »Wyhl« intensiv mit Medien zu Atomenergie und Alternativen befasste und u. a. stark nach Japan ausstrahlte.

(11) In Freiburg wurde der erste Umweltbürgermeister in Deutschland eingesetzt. Im Bereich der Industrie- und Handelskammern (IHKs) übernahm die IHK Südlicher Oberrhein in Freiburg mit ihrem Geschäftsbereich Umwelt die Leitung für Umweltschutz sowie Energie für ganz Baden-Württemberg. Auch die Handwerkskammer Freiburg besitzt das Umweltzentrum für alle Handwerkskammern in Baden-Württemberg.

(12) Auffällig ist aber hierbei, dass auf deutscher Seite die Tätigkeiten vieler Institutionen, die der Folgewirkung von »Wyhl« und den Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen zugerechnet werden können, überwiegend »exportorientiert« nach außerhalb der Region gerichtet sind. Diese Situation führte dazu, dass die Auswirkungen auf das tatsächliche Energie-Geschehen und den Energiemarkt in der Region, abgesehen von den großen Erfolgen gegen geplante Atomanlagen, in den 80er und 90er Jahren quantitativ überraschend gering blieben. Daher bildeten sich neue Vereinigungen und Institutionen, die überwiegend regional arbeiten: z. B. der Förderverein Energie- und Solaragentur Regio Freiburg, die Energieagentur Regio Freiburg, Fördervereine für erneuerbare Energien bzw. Zukunftsenergien im Dreisamtal östlich Freiburgs und in Wyhl für den westlichen Kreis Emmendingen samt Kaiserstuhl, die Umweltakademie Freiburg, die Solarakademie, der Stiftungsfonds ECO-Stiftung für Energie-Klima-Umwelt (letztere Ende 2000 gegründet vom Autor dieses Beitrags). Mehrere dieser Organisationen, zu denen jüngst die Basel Agency for Sustainable Energy (BASE) mit Regionalbüros in Freiburg und Straßburg hinzutrat, die aber selber noch am Anfang überörtlich quantitativ wesentlicher Wirkungen stehen, wollen am südlichen Oberrhein eine Solarregion aufbauen, dies möglichst grenzüberschreitend. Die ECO-Stiftung will mit Bürgerorganisationen aus dem Dreiländereck ab Mitte 2002 ein Netzwerk zu Energie- und Stromeinsparung sowie zu dezentraler Stromerzeugung bilden – als Beitrag zum Klimaschutz und zur Stilllegung des Atomkraftwerks Fessenheim. Ziel ist eine europäische Umwelt- und Energie-Modellregion am südlichen Oberrhein.

(13) Festzustellen ist, dass die Politik beiderseits des Oberrheins durch die Ereignisse von 1974/75, insbesondere die Kämpfe um Wyhl, Marckolsheim und Kaiseraugst, entscheidende Anstöße erhielt, um die grenzüberschreitende Kooperation zu intensivieren, die Planungen für Industrieansiedlungen zu reduzieren und zu modifizieren und die weiteren Atomkraftpläne

zurückzustellen oder zu annullieren. Für die Regionalplanungen und die Neubildung von trinationalen Institutionen am Oberrhein zeigen das u. a.

- die Chronologie der Infobest-Beratungsstellen (<http://www.infobest.org>) für 1975/76 ff.,
- das »Bonner Abkommen« von 1975 zur Prüfung und Lösung von nachbarschaftlichen Fragen,
- die Bildung der Commission Tripartite Ende 1975/76, Vorläuferin der Deutsch-Französisch-Schweizerischen Oberrheinkonferenz.

Ausdrücklich wurde dabei in der Presse auf den starken Druck der Bevölkerung hingewiesen, der wesentlich zu dieser Entwicklung geführt hatte.<sup>33</sup> Auch im Oberelsass war Anfang 1975 als Folge der Proteste gegen Marckolsheim ein erstes deutliches Umdenken gegen überzogene Industrialisierung zu erkennen.<sup>34</sup>

(13a) Allerdings ist eine im Vergleich zu damaligen Plänen sanftere, aber in der Fläche über die Jahre doch flächenfressende und ökologisch problematische Ausbreitung von Industrie und Gewerbe zu beobachten, zum Teil am Rhein südlich Fessenheims, zum Teil bei Marckolsheim, oft jedoch verteilt bei den Städten und Dörfern in der Rheinebene. Teilweise ist dies aber auch auf Verlagerung aus Ortschaftskernen an die Ortsränder bzw. in neue Gewerbegebiete zurückzuführen. Ein massiver Ausbau der regionalen und überregionalen Verkehrswege tritt hinzu. Der Hintergrund: Die Region liegt mitten in der Hauptentwicklungssachse der Europäischen Union, »Blaue Banane« genannt, die von London bis Mailand reicht. Der Druck auf die Region bleibt also bestehen. Und neue Risiken, etwa ein als »Biovalley« getarntes »Gentechnik-Tal«<sup>35</sup> am Oberrhein oder die weitere Konzentrierung der schweizerischen Atomwirtschaft am Hochrhein (Atommüll-Einrichtungen zusätzlich zu den Atomkraftwerken) treten zu den alten Risiken, wie die hohe Erdbebengefährdung, hinzu, die gefährliche Technologien in der Region eigentlich völlig verbieten.

(14) Auffällig ist, dass vor allem auf deutscher und französischer Seite auch die tatsächliche Regionalpolitik bisher weit hinter den realen Möglichkeiten für Umweltschutz und nachhaltige Energiewirtschaft zurückgeblieben ist. So gibt es bisher kein konkretes gemeinsames Konzept für eine klare ökologische Energiewende hin zu Energieeinsparung, Energieeffizienz und erneuer-

<sup>33</sup> Vgl. dazu Badische Zeitung vom 7. Mai und 15. September 1975.

<sup>34</sup> Badische Zeitung vom 19. April 1975. Vgl. auch den Beitrag von Daniel Hoeffel in diesem Band, der zur damaligen Zeit als Syndikus der Industrie- und Handelskammer des Bas-Rhin tätig war.

<sup>35</sup> Grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Umweltverbänden und Bürgerinitiativen im Dreyeckland. Flugblatt der Aktion Umweltschutz e.V./BUND Regionalverband Südlicher Oberrhein, um 1996.

bare Energien, keines für den Klimaschutz, keines für den Atomausstieg – eklatante, gefährliche Mängel. Als ein wesentlicher Grund hierfür anzunehmen ist der übergroße Einfluss der Stromkonzerne und der Energieabsatzwirtschaft insbesondere auf die nationale, Landes- und hiesige Regionalpolitik.

(15) Lediglich beim Leitbild der RegioTriRhena vom Mai 1998 wird kurz, aber deutlich ausgeführt: *In der Energiepolitik ist eine Kehrtwende unabwendbar. Die Förderung von regenerativen Energiesystemen und der Aufbau dezentraler Versorgungskonzepte wie in Schönau müssen auf der Prioritätenliste ganz oben stehen. Ebenso wichtig ist, daß Energiesparmaßnahmen beim Neubau und der Sanierung von Gebäuden bevorzugt werden. Auch hier gilt: die einzelnen Länder müssen ihre Umweltrichtlinien aufeinander abstimmen.*

Eine Kurzstudie im Jahre 2000 für den Oberrheinrat kommt im Bereich Energie zu vergleichbaren Aussagen. Und die Oberrheinkonferenz beschloss im September 2001, zwar 25 Jahre zu spät, aber immerhin, das Mandat seines Umweltausschusses auszuweiten auf erneuerbare Energien. Energie- und Stromeinsparung z. B. oder gar der Atomausstieg blieben allerdings dort außen vor.

In beiden Kantonen Basel konnte dagegen die Stimmbevölkerung die Politik schon seit den 70er Jahren direkt zwingen, weiterreichende Maßnahmen durchzuführen: z. B. die strikte Anti-Atomkraftpolitik sowie die Abgabe und Lenkungssteuer auf Strom.

(16) Lokal konnte außer in Basel in einigen wenigen Städten und Gemeinden vor allem in Südbaden eine ökologische Energiepolitik im Sinne der Bürgerinitiativen wenigstens bereits teilweise umgesetzt werden: so insbesondere in Freiburg, Schönau und in Waldkirch. In Freiburg gelang es bereits, den Atomstrombezug zu halbieren, dies in erster Linie durch neue, im Übrigen energieeffiziente Heizkraftwerke. Der Anstoß für die angesprochenen Teilerfolge kam aber stets aus der anti-atom-aktiven Bürgerschaft im Streit gegen widerstrebende Interessen aus der großen Stromwirtschaft.

## Schlussbemerkungen

In Marckolsheim und Wyhl und zu Fessenheim haben die Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen mit ihrer grenzüberschreitenden Kooperation Geschichte gemacht. Sie haben im Ringen mit dem Staat und den Konzernen ein Stück kämpferischer »Demokratie von unten« gelebt, das weltweite Beachtung fand und nicht nur am südlichen Oberrhein positive Folgewirkungen zeigt.

Einerseits kann zum Beispiel durch einen großen Atomenergieunfall im Dreiländereck die Arbeit der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen in der



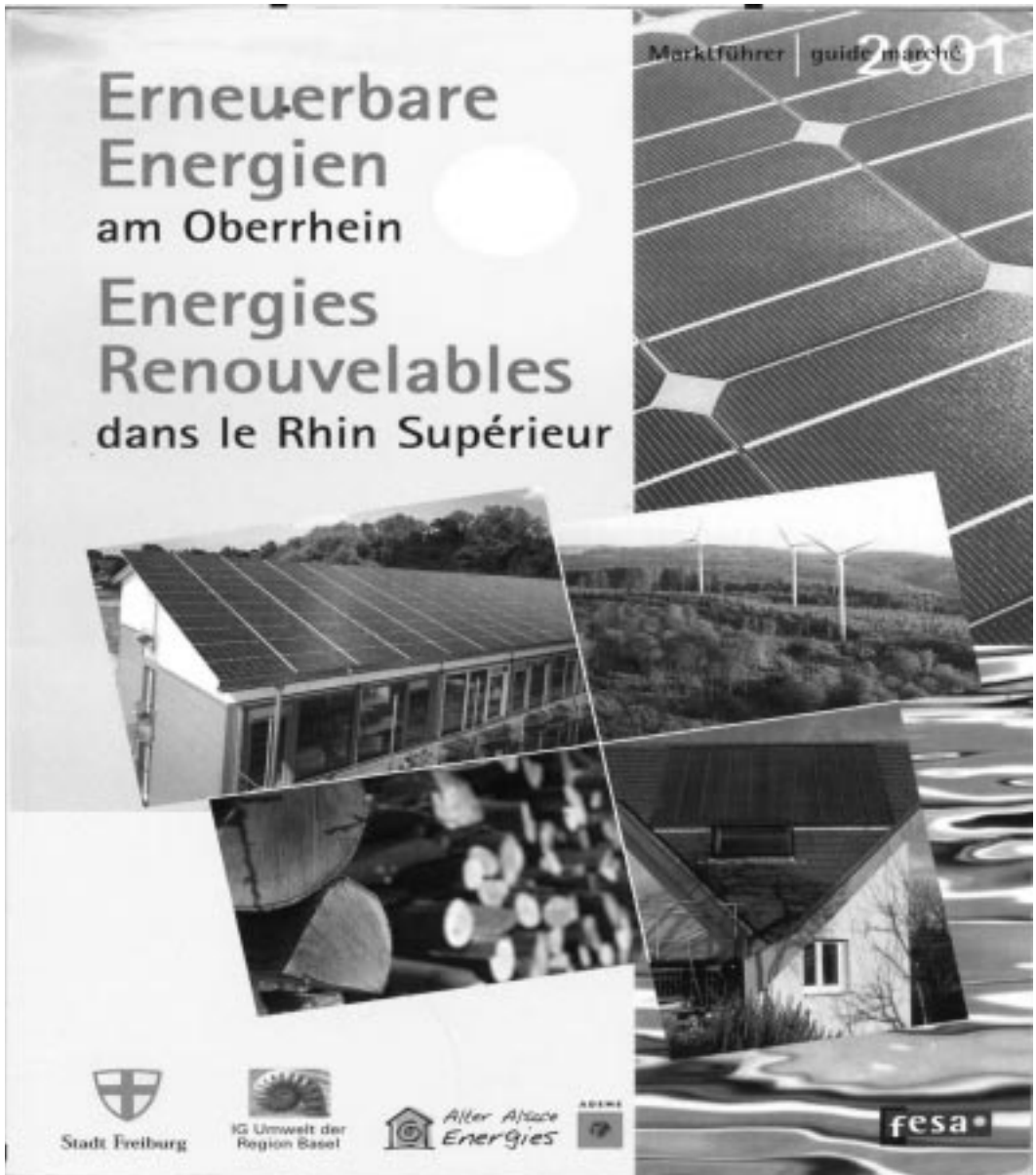


Abb. 16: Marktführer für erneuerbare Energien am Oberrhein. Vorlage: fesa, förderverein energie- und solaragentur regio freiburg e. V., Freiburg im Breisgau.

Region weitgehend vergebens werden. Andererseits aber kann als eine Spätfolge am Oberrhein – trotz des dortigen großen Entwicklungsdrucks als eine zentrale Region der EU – immer noch eine europäische Modellregion für ökologische Energie und für die Entwicklung von Nachhaltigkeit entstehen. Dafür müssen jedoch die technischen, geistigen, gesellschaftlichen und politischen Potentiale von der regionalen Politik und den hiesigen Institutionen viel intensiver in diese Richtung genutzt werden. Bei der Oberrheinkonferenz, beim Oberrheinrat, am deutlichsten noch bei der RegioTriRhena, sind hierfür bisher nur zarte Ansätze erkennbar. Aus der Erfahrung der Badisch-Elsässischen Bürgerinitiativen sprechend, wird es nötig sein, dass aktive Teile der Bevölkerung und ihre Vereinigungen die Politik und Wirtschaft hierzu ein gutes Stück anschieben.

# Grenzüberschreitende Kooperation am Oberrhein Bilanz und Zukunft der Regionen in Europa

Von DANIEL HOEFFEL und CONRAD SCHROEDER

## Podiumsdiskussion

*Kurt Hochstuhl*

1950/51 kam es an der deutsch-französischen Grenze zu seltsamen Aktionen. Junge Menschen, an der grünen Europa-Fahne als Europäer zu erkennen, räumten unter großer Medienpräsenz die Grenzschlagbäume beiseite, um so für ein vereintes Europa zu demonstrieren. Carlo Schmid, einer der großen Europäer der Nachkriegszeit, hat bei zahlreichen Gelegenheiten davon erzählt, wie diese spektakulären Aktionen der Europa-Bewegung abliefen. Man sei, so Schmid, vorher natürlich brav zu den Grenzbehörden gegangen, habe sie über die bevorstehende Aktion unterrichtet und im Interesse der Sache um Nachsicht gebeten. Was auch geschah. Sobald die Kameras und Rundfunkreporter abgezogen waren, seien die Schlagbäume wieder an die alte Stelle gebracht und die normalen Kontrollen der Grenzgänger wieder durchgeführt worden.

Einer der pauschalen Vorwürfe über Verlauf und aktuellen Stand der deutsch-französischen Freundschaft ähnelt stark der eben erwähnten Geschichte. Theaterdonner für die Medien, ohne konkrete Fortschritte für die Menschen.

Ist das so? Wie sieht Ihre persönliche Bilanz der deutsch-französischen Freundschaft am Oberrhein aus? Wie sind Sie »Oberrheiner« geworden?

*Daniel Hoeffel*

Auf verschiedene Arten und Weisen und auf verschiedenen Ebenen. Zunächst als einem Jahrgang angehörend, der der letzte Jahrgang war, der während des letzten Kriegs nicht eingezogen wurde. Und 30 Jahre oder 40 Jahre hernach wurde ich vom damaligen Präsidenten der Republik beauftragt, mit dem ehemaligen Bundesfinanzminister Alex Möller Verhandlungen zu führen über die moralische Entschädigung der elsass-lothringischen Zwangseingezogenen. Das war eine erste Gelegenheit, die sich mir bot, als geborener Elsässer diese Wiederversöhnung und beginnende Freundschaft auf nationaler Ebene mithelfen zu tragen. Ferner war ich dann, als Politiker im Elsass, als Vorsitzender des Generalrats des Unterelsass sehr aktiv, bin seit 25 Jahren in der badisch-pfälzisch-elsässischen Kooperation verwickelt. Und

ferner bot sich mir auch die Gelegenheit, auf der Regierungsebene mit meinen deutschen Kollegen oder auch in Brüssel bei der Entwicklung der Interreg-Programme namentlich mitzuwirken, um diesem oberrheinischen Raum einen immer konkreteren Inhalt zu geben.

Welche Bilanz kann ich ziehen? Zunächst und das muss immer wieder wiederholt werden: Ich glaube, dass die oberrheinische Kooperation eine unbedingte Notwendigkeit ist, und das aus zwei verschiedenen Gründen. Zum ersten, weil wir zwischen Schwarzwald und Vogesen einem gemeinsamen Raum, einer gemeinsamen Region angehören. Kultur, Geographie, Wirtschaft und Menschen in diesem Raum fühlen sich dem Oberrhein, dem gemeinsamen Oberrhein, verbunden, selbst wenn sie drei verschiedenen Staatsgebieten angehören. Aber zum zweiten auch, weil die Kooperation in unserem Oberrhein auch richtungsweisend sein kann und sein muss für eine enge deutsch-französische Kooperation. Diese deutsch-französische Kooperation wird zur Zeit zu oft banalisiert, als etwas natürliches bezeichnet. Und man geht manchmal schon so weit, zu fragen, ist es eigentlich immer noch notwendig, dass diese deutsch-französische Kooperation der Pfeiler der europäischen Kooperation überhaupt sein soll? Ich glaube, dass die letzten Jahrzehnte bewiesen haben, dass jedes Mal, wenn Deutschland und Frankreich in der Lage waren, richtungsweisend zu wirken, Vorschläge gemeinsam darzulegen, dass dies Europa erlaubte, neue Schritte zu unternehmen; der Vertrag von Nizza hat es erst kürzlich wieder bewiesen. Wenn Deutschland und Frankreich nicht fähig waren, ein gemeinsames Projekt zu verteidigen, dann war es für Europa ein Stadium des Stillstehens. Darum glaube ich, dass heute noch Europa eine deutsch-französische Kooperation braucht, die nicht banalisiert werden sollte.

In diesem allgemeinen Rahmen glaube ich, dass die Kooperation schon viele positive Resultate erzielen konnte. Obwohl sie auch Schattenseiten und Lücken aufweist. Die positiven Seiten, die haben sich allmählich seit 40 Jahren ergeben. Dank Initiativen auf verschiedenen Ebenen: Initiativen natürlich auf regionaler Ebene. Ich denke da an die nicht offiziellen Kontakte zwischen Gewählten beiderseits des Rheins seit über 40 Jahren. Beispielhaft seien Joseph Rey, der ehemalige Oberbürgermeister von Colmar, oder auch Wolfgang Schäuble auf badischer Seite genannt. Die haben ohne große Verträge durch menschliche offiziöse Kontakte dazu beigetragen, ein Klima zu schaffen, das eine lebendige Kooperation erlaubte. Ich denke aber auch ganz einfach an menschliche Kontakte auf verschiedenen Ebenen. Ich denke an die Grenzgänger, ich denke an die Gemeindeparterschaften, an Kontakte zwischen Industriebetrieben, Kontakte zwischen den Vereinen hüben und drüben, an die Zusammenarbeit auf universitärer und Forschungsebene und dann, warum es nicht aussprechen, dass auch die Bürgerinitiativen Dinge gesehen haben, die haben sehr spontan die Menschen zusammen gebracht. Man kann dafür oder dagegen sein, aber die haben bewiesen, dass eben die Brücken keine Hürden sind, die nicht übersprungen werden können.

Darüber hinaus denke ich an Kontakte auf regionaler Ebene, z. B. an die Initiative von 1997, die den Oberrheinrat gründete, in dem die Gewählten unter sich in einem gewissen Rahmen frei sich aussprechen und Probleme behandeln können, ohne die permanente Präsenz der offiziellen Verwaltung. Ich denke auch an Initiativen auf nationaler Ebene. Das Bonner Abkommen von 1975 war bestimmt ein großer Meilenstein auf dem Weg zu einer transnationalen Kooperation. Die Gründung der Oberrheinkonferenz, die Dreiländer-Kongresse, die die gemeinsamen Probleme behandeln, sind eine Notwendigkeit geworden, selbst wenn man bedauern kann, dass sie den spontanen Dialog nicht immer erlauben, dass das sehr offiziell vor sich geht. Aber man braucht auch offizielle Gremien, in denen gewisse Probleme behandelt werden. Und dann auf europäischer Ebene, auch an das muss man erinnern, haben seit 1991 die Interreg-Programme im Raum Pamina am nördlichen Oberrhein, im Raume Elsass-Pfalz-Baden, im Centre und am südlichen Oberrhein auch mit unseren Schweizer Partnern dazu geführt, dass sehr konkrete Projekte in die Tat umgesetzt werden können. Auch was Raumordnung anbelangt, das Raumordnungskonzept, das zur Zeit im Raum Straßburg mit einem Teil des Unterelsass und mit der Ortenau umgesetzt wird, ist ein Beispiel dafür, was man konkret miteinander und nicht nebeneinander zustande bringen kann.

Aber neben den positiven Seiten habe ich noch Zeit, auch manche Lücken aufzuwerfen oder manche Schattenseiten. Bestehen nicht zu viele offizielle Gremien, in denen die selben Personen sich zusammenfinden? Kann man nicht vielleicht mit weniger offiziellen Gremien noch schneller vorankommen, als mit diesem Wirrwarr an Institutionen, so zumindest der Eindruck für einen Außenstehenden? Sie sind zumindest in der Hinsicht positiv, dass jedes dieser Gremien es erlaubt, die Menschen zusammen zu führen, den persönlichen Kontakt aufrecht zu erhalten. Ich frage mich manchmal, ob wir in der deutsch-französischen Kooperation, auch in der Kooperation am Oberrhein, genügend Zeit aufbringen, um neben den offiziellen Verhandlungen den persönlichen Kontakt zu festigen? Denn schließlich, wenn sich die Handelnden treffen, miteinander sprechen, sich besser kennen lernen, dann sind auch die Gespräche freier, offener, direkter. Und was für den Oberrhein gültig ist, trifft auch, glaube ich, auf der nationalen Ebene zu. Ich denke, dass die führenden Persönlichkeiten nicht immer die Zeit aufbringen, um sich persönlich näher zu kommen; denn daraus ergibt sich auch positives in jeder Verhandlung, in jeder Diskussion, so schwierig sie auch sei.

Schattenseiten, da ist die große Verschiedenartigkeit des staatlichen Gebildes hüben wie drüben. Frankreich bleibt trotz aller Dezentralisierungsetappen ein sehr zentralistisch eingestellter Staat. Was nicht immer verständlich ist hier am Oberrhein für unsere Freunde, die einem Bundesstaat angehören und in dem das Wort Dezentralisierung noch lange nicht den selben Inhalt hat wie bei uns. Und ich glaube, Frankreich muss noch große Etappen in Richtung einer wahren Dezentralisierung voranschreiten, damit wir gegenseitig auf der

selben geographischen Ebene als Verantwortung tragende Gremien miteinander direkt und schneller und besser verhandeln können. Und dann vielleicht andere Fragen, die man sich stellen muss. Es gibt am Oberrhein für die Umsetzung der europäischen Interreg-Programme drei Einrichtungen, im Norden die PAMINA, in der Mitte die Communauté du Travail CENTRE und im Süden die TRI-RHENA. Ist eine gewisse Zerstückelung, eine geographische Zerstückelung des Oberrheins sowohl Paris wie Berlin gegenüber eine gute Sache? Oder ist der Oberrhein nicht kräftiger und nicht überzeugender, wenn er für seinen gesamten Raum eine gemeinsame Sprache sprechen kann? Ich sage nicht, dass eine Rivalität zwischen Nord und Süd besteht. Aber man muss sich doch die Frage stellen, wäre es nicht manchmal in mancher Hinsicht einfacher. Und dann werde ich aufhören, doch vielleicht noch eine andere Lücke oder Schattenseite. Wir haben eben gesehen, wie wichtig es ist, dass man sich in der selben Sprache verständigen kann. Und in dieser Hinsicht befürchte ich, dass trotz aller Arbeit und Fortschritte, die sowohl hüben wie drüben in Gange sind, um die Sprache des Nachbarn besser kennen zu lernen, der spürbare Rückgang der doppelten Sprachkompetenz und die schwindende Bereitschaft, auf französischer Seite die deutsche Sprache und auf deutscher Seite die französische Sprache zu lernen, ein Hemmnis werden wird für die Zukunft der Kooperation. Und das hängt nicht nur vom Kultusministerium oder vom Ministère de l'Education National ab, das hängt auch vom Willen der Eltern ab. Heute wird die englische Sprache als die moderne, zukunftsfrüchtige betrachtet. Ich befürchte, dass wir – sollte sich dieser Trend fortsetzen – bis in 50 Jahren das Englische benutzen müssen, um uns hüben und drüben miteinander verständigen zu können. Schon machen es manchmal unsere Regierungschefs. Aber ist es nicht notwendig, dass wir es irgendwie fertig bringen, damit Eltern, Lehrer und Verantwortliche allgemein es akzeptieren, dass die Sprache des Nachbarn neben dem Englischen das natürliche Kommunikationsmittel zwischen unseren Bestandteilen am Oberrhein bleibt? Es wäre noch manches zu sagen, wird vielleicht nachher gesagt werden können. Ich habe Verständnis für die Notwendigkeit, die Zeit zu respektieren.

### *Conrad Schroeder*

Vieles, was Senator Daniel Hoeffel zu den Problemen gesagt hat, könnte ich so und ähnlich formulieren, was vielleicht heute zeigt, dass wir unsere Stühle fast manchmal austauschen könnten. Wir kennen uns so gut, und Daniel Hoeffel hätte ohne Schwierigkeiten Regierungspräsident oder Abgeordneter im Deutschen Bundestag sein können, und ich hätte sicherlich mein Bestes versucht, um mit meinen Kenntnissen die Aufgaben, die Daniel Hoeffel in seinem Leben erfüllt hat, heute auch zu erfüllen. Also, wir sind uns persönlich nahe gekommen. Dies ist eine Betrachtung von heute, und das erfüllt einem, glaube ich, – das spürt man auch bei Daniel Hoeffel – mit einer ganz großen Zufriedenheit.



Aber Sie haben ja die Frage gestellt, wie wird man Oberrheiner? Vielleicht dazu einige Erinnerungen und Bilder. Ich war ja, wie Sie erwähnt haben, lange in der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, und Helmut Kohl, er kam aus Rheinland-Pfalz, ist einige Jahre älter als ich, hat auch immer von diesen Bildern erzählt, als man nach dem Zweiten Weltkrieg mit großen Emotionen versuchte, die Grenzpfähle abzuräumen und zu verbrennen.

Die Abstimmung in Breisach über den Status als Europastadt. Sie haben Breisach erwähnt. Ich habe das gerade vor mir liegen. Am 9. Juli 1950 mit 95,6 Prozent Ja-Stimmen. Schon damals haben die Wählerinnen und Wähler gesagt, wir wollen Aussöhnung mit Frankreich und wir wollen Europa, bei einer Wahlbeteiligung gegen 100 Prozent. Eine große Sache, natürlich auch aus der Sicht des besiegten Deutschlands betrachtet. Man kann immer dann eher für etwas sein, wenn man in der Position des Unterlegenen ist. Das muss man sicher sehen. Ich persönlich bin hier in dieser Stadt geboren, habe noch als Kind die Zerstörung der Stadt erlebt und am 20. April 1945 den Einzug der Franzosen, die für mich als Befreier kamen, weil der Krieg zu Ende war. Dann haben wir in der Schule Latein und Französisch gelernt. Und wurden mit der französischen Mentalität sehr frühzeitig vertraut gemacht. Und dann kam der Schüleraustausch mit Frankreich; man lernte die Situation des Nachbarn kennen, die unterschiedliche Mentalität. Auch die Politik spielte eine große Rolle. Mein Elternhaus war europäisch geprägt. Sie wissen alle, dass ich in die CDU ging, und die Figuren Adenauer und Schuman haben fasziniert. Deutsch-französische Aussöhnung als ein Fundament für Europa, als der Weg nach Europa. Der Kanzler spricht ja nebenan, wie sieht es heute aus mit Deutschland und Frankreich in Europa. Aber das will ich jetzt mal zurückstellen. Also, ich war fasziniert von dem Gedanken, dass wir mit unserem Nachbarn in einen Konsens kommen müssen. Und dann, wenn wir heute hier die Broschüre »25 Jahre Oberrheinkonferenz« verteilen, dann ist damit lediglich eine Zwischenstufe erreicht. Herr Hoeffel hat es ganz deutlich gesagt. Dazu kam es natürlich, die ganzen Etappen kann und will ich jetzt nicht alle nachzeichnen. Das waren persönliche Kontakte, es waren große Persönlichkeiten, die auch nach der Stunde Null des Zweiten Weltkriegs aus dem Elsass, zunächst das muss erwähnt werden, Joseph Rey, der die Hand reichte, obwohl er hier mit Anton Dichtel, einer meiner Vorgänger als Regierungspräsident, im KZ bei der Gestapo eingebunkert war in Freiburg. Es waren auch Deutsche, es waren französische Kriegsgefangene, deutsche Kriegsgefangene, die in Frankreich waren, die gesagt haben, jetzt muss Schluss sein, wir müssen uns finden. Das war ein guter Nährboden. Joseph Rey war ein ganz hoch geachteter Mann zeit seines Lebens. Er wurde hierher eingeladen und hat sich hier bei uns bewegt, wie wenn er einer von uns gewesen wäre. Er war einer der Unseren. Und daraus folgten weitere nicht zu unterschätzende kulturelle Begegnungen. Dafür gibt es viele Beispiele. Die von Herrn Loeser vorgestellten Bürgerinitiativen sind natürlich auch ein Ausdruck und Teil des oberrheinischen Zusammengehörigkeitsgefühls. Das

hat auch Daniel Hoeffel gesagt, der eben die deutsche Sprache so beherrscht, wie wenn er hier in Freiburg aufgewachsen wäre. Es gab die ersten Städte- und Gemeindeparterschaften. Gestern wurden Ludwigsburg und Montbéliard erwähnt, die bereits 1950 eine solche eingegangen sind. Hier am Oberrhein hat es ein bisschen länger gedauert, vielleicht weil man zunächst offiziell Berührungängste hatte. Die erste Partnerschaft hier am Oberrhein schloss Badenweiler mit Vitel; 1959 ging die Stadt Freiburg mit Besançon eine Partnerschaft ein.

Zeitgleich und neben den Partnerschaften kam es zu grenzüberschreitenden Bürgermeisterbegegnungen hier im mittleren Breisgau, ausgehend wiederum von Joseph Rey.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat aber auch aus der Schweiz große Impulse bekommen. Die Schweizer, etwas unbelasteter, sie haben geholfen nach dem Zweiten Weltkrieg gerade hier sehr stark humanitär. Das hat auch schon geprägt, mit Duldung der französischen Besatzungsmacht, die Hilfe die humanitäre hier und dann die Regio Basiliensis der Impuls aus Basel: Es muss doch möglich sein, dass wir hier jetzt uns im Gemeinsamen zusammenfinden, im Guten und im Schlechten. Man hat gesehen die Probleme des Rhein-Seiten-Kanals, die Erblast noch aus dem Versailler Vertrag, dass wir hier gemeinsam und nicht gegensätzliche Lösungen finden müssen, die Salzeinleitung der Kaliminen in Mulhouse und vieles andere mehr. Aus Basel, der Impuls 30 Jahre Regio Basiliensis. Aus den 60er Jahren, erst Institutionalisierung und dann ging es wirklich Schlag auf Schlag, dann kamen die Regiogesellschaften in Mulhouse, Freiburg, genau so, ich brauche das nicht zu wiederholen, im nördlichen Elsass im Departement Bas-Rhin, Ortenau. Es ist hier Pamina in diesem Raum gegründet worden.

Dann möchte ich noch einmal einen Zwischenstopp machen. Der große Wurf für die Anfänge der institutionalisierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit war der Accord von 1975, zwischen Paris, Bern und Bonn, der schließlich in die Oberrheinkonferenz mündete, zunächst Commission bipartite, dann tripartite und dann die Regierungskommissionen.

Für mich ist es auch ganz wichtig, direkte Kontakte mit Bürgermeistern, mit Abgeordneten, mit Bürgerinitiativen auch auf der anderen Seite des Rheins. Aber die großen Rahmenbedingungen müssen auch stimmen. Einen ganz großen Impuls haben wir natürlich bekommen vom Élysée-Vertrag 1963, die sichtbare Aussöhnung zwischen Adenauer und de Gaulle in Reims. Wollten wir diese schönen Bilder zeigen, würde uns die Zeit fortlaufen. Der Élysée-Vertrag wo man begonnen hat auf der großen nationalen Ebene etwas zu schaffen, regelmäßige Treffen der Regierungschefs, monatliche Treffen der Fachressortminister und eine Zusammenarbeit in den Ministerien und damit auch in den Verwaltungen. Das war der Élysée-Vertrag, der ja gleichzeitig das deutsch-französische Jugendwerk schuf, das mit seinen fünf Millionen Austauschenden von Frankreich nach Deutschland und umgekehrt zusammen mit dem von uns gesagten die Grundlage gelegt hat, dass wir da sind, wo wir heute sind.

Zu den Defiziten, da möchte ich noch einen letzten Satz sagen: Oberrhein-Parlament als Sprachrohr der Bevölkerung, damit hat ja Daniel Hoefel geendet. Ja, ich bin ja in der CDU, und vielleicht wäre Daniel Hoefel, wenn er hier wäre, auch in der CDU in Deutschland. Wolfgang Schäuble ist ja schon als wichtiger Akteur genannt worden. Ihm habe ich auf einem baden-württembergischen Parteitag der CDU mal gesagt, wir wollen, ja wir brauchen ein Oberrhein-Parlament. Und dann war 1995 ein Treffen zwischen Mitterand und Kohl in Mulhouse, einer der »Gipfel«. Und dann kam Mitterand und hat gesagt: es gibt nur ein Parlament, und das sitzt in Paris, und da gibt es auch den Senat. Und dann hat Kohl gesagt: Mitterand hat recht. Und ich habe dann gesagt, ich habe es nicht so gemeint. Heute würde ich das nicht mehr so formulieren. Heute meine ich, dass wir auch eine gewisse parlamentarische Ebene brauchen als Sprachrohr für die Bürger zum Zusammenwachsen hier am Oberrhein, für immerhin fünf Millionen Menschen. Dies vielleicht als erste zu lang geratene Antwort auf Ihre Frage, aber Sie sehen daran, dass diese Dinge uns wirklich ein Herzensanliegen für uns als Oberrheiner sind.

#### *Kurt Hochstuhl*

Gehen wir vom Gipfel von Mulhouse zurück zu den Oberrheinischen Verträgen von 1975, die ja den drei Regionen Nordwestschweiz, Elsass und Oberrhein ein »Selbstbefassungsrecht« zu allen Themen einräumen, die diese Regionen berühren. Damit wurde ein Privileg des Bundes bzw. der jeweiligen staatlichen Zentrale, nämlich das der Außenpolitik, delegiert auf eine Raumschaft und die sie repräsentierenden und vertretenden staatlichen Einrichtungen. Ein außergewöhnliches, ja für die Zeit singuläres Verfahren. Die Oberrheinischen Verträge sind erster Höhepunkt und eine markante Zwischenetappe eines Prozesses, der viel früher begann.

Im Gefolge dieser Oberrheinischen Verträge kam es zur Gründung einer Vielzahl von staatlichen, kommunalen und – nennen wir sie – halbparlamentarischen Einrichtungen, die als Begriffe in der Öffentlichkeit präsent sind, deren Bedeutung und Wirken aber den meisten verborgen bleiben. Besteht bei dieser Vielfalt von Institutionen nicht die Gefahr paralleler, im schlimmsten Falle sogar konträrer Aktivitäten?

#### *Conrad Schroeder*

Die Oberrheinkonferenz ist ein Organ staatlicher Zusammenarbeit, einer Zusammenarbeit der Präfekten in Straßburg und Colmar, der Regierungspräsidenten in Karlsruhe und Freiburg und der Regierungen in Basel Stadt und Land und seit kurzem auch, weil die Sache so attraktiv ist, der Regierung des Kantons Aargau und der Bezirksregierung der Südpfalz. Es ist also ein attraktives Mandatsgebiet. Wir haben uns halbjährlich getroffen, die Regierungspräsidenten, die Präfekten, dabei der Präsident des Generalrats usw.

Über diese Treffen hat einmal der Präfekt des Bas-Rhin gesagt: »on taille les ailes de mouche« – man teilt den Mücken die Flügel. Insgesamt haben wir, glaube ich, 25 Gremien, staatliche, kommunale und private. Ich könnte sie sogar nicht einmal alle aufzählen. Aber die Oberrheinkonferenz ist natürlich schon zu einem Kulminationspunkt, zu einer Zusammenfassung geworden von staatlichen Aktivitäten. Dies ist die eine Seite. In ihr sind dann sieben Arbeitsgruppen gebildet worden mit etwa 400 Mitgliedern aus drei Ländern, die hier in diesen Arbeitsgruppen – Umwelt usw. – zusammengearbeitet haben. Und wie sehr wir zusammengekommen sind, das möchte ich auch mal an einem einzelnen Beispiel sagen: Drogen. Noch vor sieben Jahren wäre es unmöglich gewesen, dieses Thema hier am Oberrhein zu behandeln. Die Deutschen haben gesagt, es ist die Sache der Mediziner, die Schweizer der Soziologen und die Franzosen der Polizei. Jetzt haben wir eine Arbeitsgruppe Drogen, angesiedelt bei der Gesundheit, und die geht gemeinsam an das Thema ran. Und so gibt es viele Themen. Auch zu den Bürgerinitiativen, die für mehr Transparenz, für einen gemeinsamen raumordnerischen Planungsrahmen gesorgt haben, dass jeder vom anderen weiß, was er macht. Und diese Oberrheinkonferenz ist wirklich eine große Kulmination, und das muss ich immer wieder betonen, nicht nur weil ich Regierungspräsident war. Ich war lange Abgeordneter und bin jetzt wieder Stadtrat. Ich sehe auch die kommunale Seite. Es muss hier natürlich bei diesen ganzen Regio-Gesellschaften TriRhena, Freiburger Regio Gesellschaft usw., zusammen geführt werden. Und was wir neuerdings auch hatten, das sind die Interreg-Begleitausschüsse als europäische Einrichtung. Über dem Ganzen ist ja das Dach Europa und mit den Interreg-Begleitausschüssen haben wir nochmals einen riesigen Schub bekommen.

Die Bürgerinnen und Bürger messen uns heute nicht an den Gremien, da sind wir uns einig, sondern an den erzielten und realisierten Projekten. Und ich gehe hier nicht zu hoch, wenn ich sage: seit 1990 sind mit Hilfe der Oberrheinkonferenz, aber auch der kommunalen Seite, etwa 250 bis 300 Projekte von Pamina bis in den Raum Basel und dann weiter auch am Hochrhein realisiert worden. Ich habe mir einmal die Mühe gemacht in der Vorbereitung, das sind ganz großartige Projekte wie die trinationale Ingenieurausbildung in Lörrach oder die Ausbildung zum Europalehrer oder der Euro-Verbund oder, gerade hier an der Universität besonders spürbar, die Zusammenarbeit mit integrierten Studiengängen hier am Oberrhein.

Die Interreg-Begleitausschüsse müssen natürlich, und das ist der nächste Schritt, integriert werden in die Arbeit der Oberrheinkonferenz.

Vielleicht auch noch einigen Anmerkungen zur parlamentarischen Ebene. Ich war lange Parlamentarier und verstehe, dass die Abgeordneten sagen, sie wollen nicht bei der Exekutive mitarbeiten. Und darum kam der Oberrheinrat. Dieser Oberrheinrat als Forum der Gewählten. Zum Teil sitzen die Gewählten aber wieder in der Oberrheinkonferenz. Also hier muss eine Zusammenführung erfolgen, Herr Hochstuhl, der verschiedenen Gremien. Es muss

transparenter gemacht werden, und es müssen auch einige abgeschafft werden. Bei TriRhena hab ich gemeint, sie schaffe man als Dachverband für die verschiedenen Regio-Gesellschaften Freiburg, Mulhouse, Basel, aber sie glauben gar nicht, wie hartnäckig es ist, bestehende Gremien nicht am Leben zu erhalten. Hier muss abgebaut werden, nicht noch zugebaut werden. Das ist gar keine Frage. Wir brauchen eine gewisse Exekutive, und wir brauchen auch eine Vertretung der Gewählten und natürlich auch der kommunalen Seite. Das ist ganz wichtig, dass auch die Kommunen sich hier finden. Aber am Schluss werden wir alle gemessen an den Projekten, die wir umsetzen, am Museumspass, an gemeinsamen Volkshochschulen, an gemeinsamen Kindergärten usw.

Auch was die Sprache anbelangt, auch da ist mit Interreg wahnsinnig viel gemacht worden. Wir haben hier in Freiburg bestehende deutsch-französische Einrichtungen. Es sind weitere ins Leben gerufen worden. Wir wollen auch eine deutsch-französische Berufsschule einrichten. Das geht heute alles mit den Interreg-Mitteln und genauso im Elsass und der Südpfalz.

Also, die Projekte müssen heute voran gebracht werden mit Hilfe der Oberrheinkonferenz und Integration anderer Gruppen. Vor allen Dingen darf der Oberrheinrat, die Ebene der Parlamentarier, kein selbständiges Eigenleben führen neben der Oberrheinkonferenz. Das muss zusammengeführt werden, das ist schon ein Petition an die Zukunft.

### *Daniel Hoeffel*

Ich kann im Großen und Ganzen Conrad Schroeder nur zustimmen. Das Problem wird sein, wie kann man aus einer großen Vielfalt von Gremien besser ergänzend wirken und komplementär wirken in der Zukunft. Da wo europäisches Geld ist, muss natürlich eine Ebene bestehen, um die Interreg-Programme ins Konkrete umzusetzen. Aber daneben ist es, glaube ich, wichtig, dass neben den offiziellen Oberrheinkonferenzen, in denen die Vertreter sowohl der baden-württembergischen oder rheinland-pfälzischen Regierung wie auch die Vertreter der französischen Regierung sitzen, ein Oberrheinrat besteht. Wir müssen einen Ort haben, in dem sich die Gewählten ohne Hemmung ganz frei aussprechen können. Und ich glaube, dass der Oberrheinrat in dieser Hinsicht etwas Notwendiges ist. Man muss natürlich verhindern, zu sagen, dass dieser Oberrheinrat ein Parlament ist. Sonst wird nicht nur Paris bangen, sondern vielleicht auch Stuttgart oder Mainz oder gar Berlin. Und darum, als der Oberrheinrat gegründet wurde, fand er nicht immer unbedingt spontane Zustimmung auf französischer Seite. Aber ich glaube, dass da eine ganz konkrete positive Arbeit geleistet werden kann. Ich bin Vorsitzender des Ausschusses Landwirtschaft-Umwelt des Oberrheinrats. Und ganz frei können wir uns zwischen Schweizern, Deutschen und Franzosen aussprechen. Das haben wir schon gemacht, z. B. über den Schutz des Grundwassers am Oberrhein, über bessere Information über Kernkraft-

energie, namentlich was Fessenheim anbelangt, über Umweltprobleme, Umweltschutz, Vereinbarung zwischen Landwirtschaft und Umwelt allgemein. Das machen wir in aller Offenheit, und ich glaube, es muss ein Gremium geben, in dem man diese Fragen außerhalb eines zu offiziellen steifen Rahmens behandeln kann. Und dafür ist der Oberrheinrat wichtig und muss er, glaube ich, noch an Einfluss dazu gewinnen. Aber wenn wir konkret handeln wollen, dann müssen wir auch noch mehr an die Basis kommen. Und darum befürworte ich die Gründung grenzüberschreitender Zweckverbände, in denen die Kommunen hüben und drüben in einem gemeinsamen Zweckverband gemeinsam etwas ausrichten können, binden können. Ein erster Zweckverband wurde im Raum Weißenburg gegründet und auch ein anderer in Fessenheim-Hartheim. Da kann man Brücken bauen, gemeinsame Schulen bauen. Warum nicht neben der Ingenieurschule von Lörrach den Versuch unternehmen, eine Technikerschule im Raum Weißenburg herzustellen. Denn damit gewinnen unsere Mitbürger den Eindruck, dass wir tatsächlich nicht nur Gremien bilden, um Gremien zu bilden, sondern dass man sie bildet, um konkret etwas umzusetzen.

*Kurt Hochstuhl*

Herr Hoeffel, Sie sprachen die Finanzen an. Wir haben hier europäische Finanzen erwähnt. Kompetenzen von Einrichtungen hängen ja auch stark mit der finanziellen Ausstattung dieser Einrichtungen zusammen. Über welches Budget verfügt die Oberrheinkonferenz, weiter gefragt, welche Bindungswirkung gegenüber den Ländern haben die Beschlüsse der Oberrheinkonferenz?

*Conrad Schroeder*

Die Oberrheinkonferenz hat im Augenblick im Gegensatz zur internationalen Bodenseekonferenz noch kein eigenes Budget. Ich habe das immer wieder beantragt, hatte auch Signale aus Stuttgart, auch zum Teil aus Paris, dass man die Oberrheinkonferenz vorsichtig dotieren möchte mit einem gewissen Budget. Aber was wichtig ist, die Oberrheinkonferenz ist fest im Staatshaushalt des Landes Baden-Württemberg etatisiert. Eine eigene Stabstelle für die Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit fünf Personen, außerhalb des Regierungspräsidenten, die nichts anderes machen, als die grenzüberschreitenden Projekte vorzubereiten, zu koordinieren und, vor allem, für deren Finanzierung zu sorgen. Wenn es keine Interreg-Gelder aus Brüssel gibt, müssen Projekte zu 100 Prozent aus der Region finanziert werden. Mit Interreg-Geldern reduziert sich die nationale Beteiligung auf 50 Prozent. Die Interreg-Mittel stehen in der Regel als Anlauffinanzierung über sechs Jahre zur Verfügung. Dies ist unwahrscheinlich hilfreich. Also wenn sie denken sechs Millionen DM für die trinationale Ingenieurschule, und wir bekommen die Hälfte aus Brüssel, dann ist das natürlich mehr als nur ein Griff in die Portokasse.



Zuschüsse für die Umsetzung von Beschlüssen der Oberrheinkonferenz müssen zum einen über die Landtage, zum anderen über die nationalen Regierungen hereingeholt werden, indem wir versuchen, das Geld aus den jeweiligen Haushalten frei zu bekommen. Es sieht aktuell so aus, dass man hier aus Baden-Württemberg einige 100 000 DM freimachen wird, auch als eine gewisse Verfügungsmasse für Projekte, und Frankreich und die Schweiz werden hier sicher mitmachen. Der Schweizer Bundesrat in Bern, übrigens ein ganz hervorragender Partner, hat, glaube ich, jetzt 36 Millionen Schweizer Franken allein für Interreg-Projekte zur Verfügung gestellt.

Aber was ganz wichtig ist, was glaube ich noch niemand von uns erwähnt hat, was auch in meiner Amtszeit geschaffen werden konnte, ist das gemeinsame Sekretariat der Oberrheinkonferenz mit Sitz in Kehl in der Villa Reh-fus. Dort sitzen aus allen drei Ländern Bedienstete, die rund um die Uhr alle diese Beschlüsse, die die Oberrheinkonferenz gefasst hat, umsetzen. Um von ganz großen Dingen zu reden, möchte ich nur die Realisierung eines Oberrheinischen S-Bahn-Verbands erwähnen, der Straßburg, Karlsruhe, Offenburg, Basel, den Euro-Airport in Mulhouse und Freiburg umfassen soll. Ein Teil davon ist bereits realisiert. Wie die S-Bahn-Linie Verte und auch der Metro-Rhin zwischen Offenburg und Straßburg. Dies alles ist Arbeit der Oberrheinkonferenz und des gemeinsamen Sekretariats.

Und noch ein wichtiger Punkt sind die Infobestellen, die wie eine Perlenschnur sich von Lauterbourg über Straßburg, Kehl, Breisach, Basel, Palmrain, Waldshut bis nach Konstanz erstrecken und heute für die Bürger eine unwahrscheinliche Hilfe sind. Da kommen jeden Monat Hunderte von Menschen, Grenzgänger, kleine Unternehmer, und fragen, was bedeutet es, diese offenen Grenzen, wie können wir nach Frankreich, wie sieht es aus mit den dortigen Steuern, den Schulen usw. Dies ist ja auch ein positives Zeichen, wo wir uns heute befinden. Zwei Dinge will ich noch nennen, die mich schon faszinierten und immer noch faszinieren. Erstens: Als die französischen Truppen 50 Jahre nach Kriegsende hier abgezogen sind, haben sich viele Bürgermeister und große Teile der Bevölkerung für deren Bleiben ausgesprochen. Natürlich spielten die Franzosen als Wirtschaftsfaktor eine nicht unbedeutende Rolle hier am Oberrhein. Aber mindestens genau so bedauert wurde, dass mit dem Abzug der französischen Truppen die kulturelle Präsenz Frankreichs in unserer Raumschaft zurückging, womit die positiven Ergebnisse des gemeinsamen Zusammenlebens explizit anerkannt wurden.

Zweitens: Dass heute deutsche Bürgerinnen und Bürger sich im Elsass niederlassen können, dass der Anteil der Deutschen in elsässischen Gemeinden manchmal bis zu 15 Prozent beträgt und das Zusammenleben trotz einiger Sprachprobleme, die es zweifelsohne gibt, ohne gravierende Probleme vonstatten geht, dies grenzt angesichts der gemeinsamen Geschichte beider Nationen fast an ein Wunder. Gleichzeitig ist es ein überzeugender Beweis für die in das kollektive Bewusstsein eingegangene Normalität deutsch-französischer Beziehungen hier am Oberrhein und zugleich für die Faszination

und die Wirkkraft des europäischen Gedankens im Herzen des Kontinents. Hier werden Brücken gebaut und Dinge verklammert, die schon enorm sind.

### *Kurt Hochstuhl*

Dann wird ja hoffentlich die seit 50 Jahren bestehende Frage der Bahnverbindung und einer Eisenbahnbrücke zwischen Freiburg und Colmar auch noch gelöst.

### *Conrad Schroeder*

Zuerst zwischen Mulhouse und dem Euro Airport, und im Augenblick ja auch nach Straßburg rüber. Die Verbindung nach Colmar durch die Wiederherstellung der Eisenbahnbrücke hat auch für uns aus dem Freiburger Raum oberste Priorität. Dafür kämpfe ich auch, nicht nur mit Herzblut, sondern auch mit vernünftigem Realismus, weil sie notwendig ist. Wenn man offene Grenzen hat oder keine Grenzen mehr, dann braucht man eben auch die gemeinsamen Infrastrukturen. Erinnern möchte ich hierbei an eine Forderung von Anton Dichtel, einer meiner Amtsvorgänger und mit Joseph Rey einer der Männer der ersten Stunde hier am Oberrhein. Dichtel forderte schon in den 60er Jahren, dass zwischen Basel und Straßburg alle 15 Kilometer eine Brücke den Rhein überqueren müsse, egal ob Eisenbahn-, Auto- oder nur Fußgängerbrücke. Im Augenblick werden zwei Brücken neu gebaut, die eine südlich von Straßburg parallel zur Europa Brücke und die zweite ist erwähnt worden von Daniel Hoeffel, Hartheim-Fessenheim.

In diesem Zusammenhang muss ich noch das Karlsruhe Abkommen von 1996 erwähnen, das den Anliegern am Oberrhein ermöglicht, nach europäischem Recht gemeinsame Zweckverbände zu bilden. In der ersten Euphorie dachte ich damals, die Oberbürgermeister von Freiburg, Straßburg, Colmar, Basel und Mulhouse setzen sich jetzt zusammen und beschließen – ohne Paris, ohne Bern, ohne Berlin – die Errichtung einer Brücke, einer Hochschule usw. Diese Erwartungen wurden etwas enttäuscht. Gerade im Bereich der grenzüberschreitenden Infrastruktur, wo ja große Finanzsummen gebraucht werden, haben wir mit den nationalen Regierungen immer noch zu kämpfen. Aber auch hier geht die Zeit weiter. Mit etwas mehr Regionalismus in Frankreich und größerer regionaler Selbständigkeit auch diesseits des Rheins, sind wir, glaube ich, auf einem guten und richtigen Weg.

### *Daniel Hoeffel*

Ich möchte kurz auf die grenzüberschreitenden Zweckverbände zurückkommen. Ich war mit diesem Problem verbunden, in den Jahren 1994–1995, als ich als Raumplanungsminister beauftragt war, diese Zweckverbände in das Gesetz umzusetzen. Und ich kann sagen, dass es nicht ganz einfach war, Hemmungen auf der höchsten Ebene zu überwinden, die gegenüber solchen

grenzüberschreitend wirkenden Zweckverbänden bestanden. Und auch heute noch ist es nicht einfach, solche Zweckverbände in die Tat umzusetzen. Aber ich glaube auch, die Hauptsache ist schon, dass die gesetzliche Basis besteht. Und ich denke, dass wir mit diesem Instrument sehr konkret zu Resultaten kommen können, ja kommen müssen. Ich habe in Erinnerung, dass in der selben Zeit, 1994, wegen dieser Zweckverbände mein damaliger Regierungschef mir in Straßburg erklärte, er wünsche, dass Kooperation zwischen den Regionen vorrangig im Raum des nordöstlichen Frankreichs stattfinde, noch vor einer Festigung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Daraufhin musste ich damals auf der Mitgliederversammlung der Regio Basiliensis in Weil am Rhein erklären, dass der eigentliche Wille der Regierung, nachdem das Gesetz über die Raumplanung verabschiedet war, sei, natürlich Kooperationen zu festigen im nationalen Rahmen, aber nicht an Stelle und nicht vor der grenzüberschreitenden Kooperation namentlich am Oberrhein. Diese Position bleibt bis heute die offizielle Position, und ich kann ihnen versichern, dass wir auch alles daran setzen werden, namentlich mit einer europäischen Konzeption, dass wir auf diese Art und Weise die Kooperation am Oberrhein festigen können.

Gewiss, die Oberrheinkonferenz, wie es Conrad Schroeder sagte, hat keinen eigenen Haushalt. Und darum ist es wichtig, dass Europa sehr starke Kredite eingesetzt hat. Aber mit der Erweiterung der Europäischen Union und mit der Solidarität, mit der wir alle theoretisch einverstanden sind, muss man damit rechnen, dass die Interreg-Kredite mit der Zeit sich schmälern werden. Und dass wir auf nationaler und grenzüberschreitender Ebene mehr und mehr, was das Finanzielle anbelangt, eingreifen müssen und werden, um den Rückgang der europäischen Kredite zu ergänzen. Auch das müssen wir heute schon wissen, denn es werden größere finanzielle Lasten auf uns kommen, weil Europa in den nächsten zehn und 20 Jahren das nicht mehr leisten kann, was es in den vergangenen zehn Jahren geleistet hat. Aber dafür wollen wir gerne aufkommen. Und ich denke da auf französischer Seite namentlich an die Gebietskörperschaften, die den Hauptanteil des finanziellen Opfers tragen werden und nicht unbedingt die nationale Ebene. Aber wenn wir schon wollen, dass die Kooperation am Oberrhein stark und stärker sein wird, dann müssen wir auch auf regionaler Ebene und in den Gebietskörperschaften bereit sein, unsere Opfer zu bringen, um das weiter voran zutreiben.

*Kurt Hochstuhl*

Fragen und Beiträge aus dem Publikum?

*Klaus Bindner*

Es haben beide Redner diese verschiedenen Gremien und Projekte angesprochen. Sie sind unbestritten wichtig, weil die Dinge auch wachsen, zusammenwachsen müssen. Herr Dr. Hoeffel hat aber auch darauf hingewiesen,

dass das Überspringen des Funkens auf breite Schichten der Bevölkerung vielleicht das Schwierigste ist. Wenn man das weiß, schaut man gerne nach positiven Beispielen. Eines dieser positiven Beispiele sind die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen, die Zehntausende, wenn nicht gar Hundertausende Menschen aus dem Dreiländereck sich nahe gebracht haben. All diese Menschen hatten ein übergeordnetes Ziel, nämlich den Versuch, die Bedrohung des gemeinsamen Lebensraums Oberrhein durch die genannten industriellen Komplexe zu verhindern. Heutzutage würde sich als übergeordnetes Ziel zum Beispiel anbieten der Klimaschutz, das gemeinsame Vorgehen gegen die drohende Klimakatastrophe. Was dem entgegensteht, hat Dr. Bendick in seinem Vortrag deutlich angesprochen. Die Schwierigkeit, Dinge aufzuarbeiten, solange noch die Personen da sind, die darin involviert waren und sind. Ein großes Hemmnis ist dabei, sprechen wir es offen an, das Kernkraftwerk Fessenheim. Die Schweiz bohrt im Moment an der badischen Grenze nach einem Atomlagerplatz. Beide Regierungen wissen natürlich, dass wenn sie die grenzüberschreitende Kooperation vorantrieben, sofort die Forderungen nach der Stilllegung von Fessenheim und der Verhinderung des Atomlagerplatzes kämen. Wenn dagegen ein Bewusstsein eines gemeinsamen Ziels, umweltfreundliche Energiepolitik z. B., vorhanden wäre, dann würde der Funke auf die Bevölkerung viel leichter überspringen.

*Günter Richter, ehemaliger Pfarrer von Weisweil*

Vorhin ist hinter mir in einem Votum geäußert worden, dass der Bereich des »zusammenwachsenden Europas« im Vortrag von Dr. Loeser nicht so deutlich herausgestellt worden ist. Ich möchte aus der Praxis der badisch-elsässischen Bürgerinitiativen doch das Gegenteil betonen. Die Kooperation mit den elsässischen Freunden war ausnehmend gut und in einer Art und Weise, wie sie seinerzeit nicht hätte besser sein können. Das Lied »Die Wacht am Rhein« von Walter Mossmann, ebenfalls hier anwesend, ist vorhin zitiert worden. Im achten Vers heißt es: »In Weisweil im Gemeindehaus, da fing die Sach mal an, da wird nicht nur gebetet, da wird auch was getan!« Ich war damals Pfarrer in Weisweil während dieser »Wyhl-Kampfzeit« und war auch auf dem Platz, als die Polizei kam. Ich habe nachher auch die Leute begleitet, die nach Emmendingen zur erkennungsdienstlichen Behandlung kamen. Ich habe in meinem Pfarrhaus einige Menschen mit meiner Frau zusammen »trocken« gelegt, die von der Polizei mit Wasserwerfern nass gespritzt wurden.

Natürlich gab es im Dorf auch Kontroversen zwischen Befürwortern, die damals, vor dem »Club of Rome«, immer noch meinten, alles was machbar sei, sei auch zu machen, und den Gegnern des Projekts, die auf die großen Gefahren hinwiesen. Es war nicht immer leicht, und oft saß ich zwischen den Stühlen. Dennoch habe ich als Pfarrer versucht, zwischen diesen Positionen eine Brücke zu bilden, im Dorf wie zwischen den anderen Beteiligten, zwi-

schen Bürgerinitiativen, Badenwerk und der Landesregierung. Ich gehöre zu den wenigen, die seinerzeit mit den Verhandlungen über die Offenburger Vereinbarungen den Anfang machten. Vor den Offenburger Gesprächen fanden zwei Vorverhandlungen mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden der CDU im baden-württembergischen Landtag Lothar Späth im Weisweiler Gemeindehaus statt. Diese Vorverhandlungen führten zu den insgesamt acht Hauptverhandlungen, ehe in Offenburg die Vereinbarung unterschrieben werden konnte. Ich gehöre auch zu denjenigen, die unterschrieben haben. Diese Offenburger Vereinbarung hat also in Weisweil ihren Anfang genommen, unter Beteiligung unserer elsässischen Freunde. Und ich weiß aus Gesprächen mit Lothar Späth, dass ein gewisser Druck auch von diesen elsässischen Freunden ausging. Schließlich war deren Beteiligung ein deutliches Zeichen, dass die rechtsrheinische Bewegung nicht nach dem »Florians-Prinzip« agierte, sondern das gesamte Energiekonzept, das sie als bedrohlich für beide Seiten des Rheins ansahen, ablehnten. Heute bin ich dankbar dafür, dass es uns gelungen ist, den Bau des Kernkraftwerks auf friedliche Weise zu verhindern. Ich bin aber auch Lothar Späth dankbar, der, anders als Dr. Filbinger seinerzeit, ein Gespür für unsere Ängste und Sorgen entwickelte und schließlich mit dafür sorgte, dass Vertreter der Bürgerinitiativen an den Hauptverhandlungen teilnehmen konnten.

Ich möchte insgesamt sehr danken für das, was ich gestern und heute hier gehört habe. Ich glaube, man sollte solche Veranstaltungen weiter führen.

Fazit: Die badisch-elsässischen Bürgerinitiativen haben am Nichtzustandekommen des Atomkraftwerks Wyhl erheblichen Anteil gehabt, so wie sie im grenzüberschreitenden Dialog auch das Bleiwerk in Marckolsheim zu verhindern halfen.

### *Edgar Wolfrum*

Da ich gerade angesprochen wurde, möchte ich kurz etwas zu meinem Votum sagen. Ich glaube, ich bin da missverstanden worden. Ich wollte keineswegs in Abrede stellen, dass die Beziehungen zwischen Badenern und Elsässern intensive waren und deren Gemeinsamkeiten wesentlich dazu beigetragen haben, dass das Atomkraftwerk Wyhl nicht gebaut worden ist. Mir ging es eher um die Frage, wie sind damals die Elsässer auf der anderen Seite des Rheins wahrgenommen worden, eher als Franzosen oder eher als Elsässer? Dieses Thema ist, denke ich, von nicht geringem Interesse.

### *Kurt Hochstuhl*

Ich weiß nicht, ob man diese volksmäßige Kategorisierung so weit treiben sollte, denn Elsässer sind Franzosen und Alemannen oder Südbadener sind Deutsche. Und die Dividierung in verschiedene Schubladen hilft, glaube ich, dem Kooperationsprozess generell in der Region und auch auf nationaler Ebene nicht besonders weiter. Beide Redner haben davon gesprochen, dass

das Bewusstsein vom gemeinsamen Lebensraum am Oberrhein und seiner möglichen Bedrohung durch diese Bürgerinitiativen ganz stark gefördert worden ist. 1986 wurde aus dieser Möglichkeit Realität durch den Unfall im Chemiewerk Sandoz in Rheinfelden. Seine Folgen haben damals jedem, selbst denen, die über Wyhl und die Bürgerinitiativen nur ganz am Rande etwas gehört haben, das Szenario einer gesamten Bedrohung des Lebensraums Oberrhein vor Augen geführt.

Dies hatte natürlich Auswirkungen auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der TRIREGIO. Könnten Sie dazu, Herr Hoeffel und Herr Schroeder, noch etwas sagen?

*Daniel Hoeffel*

Ich möchte auf zwei Fragen zurückkommen. Ich war Zeuge in den 70er Jahren, zur Zeit von Wyhl und Marckolsheim. Das neue Werk von Marckolsheim, das gegründet werden sollte. Damals war ich im Arbeitgeberverband Unterelsass. Also in direktem Kontakt mit den Gegnern und den Befürwortern der Ansiedlung dieses Betriebs in Marckolsheim. Und ich kann sagen, dass das, was damals in Marckolsheim geschah, tatsächlich zu einer wichtigen Wende beigetragen hat. Bis zum Anfang der 70er Jahre wurde jede Neuansiedlung eines Betriebs automatisch befürwortet. Warum? Die Textilindustrie war in der Krise, die Schuh- und die Lederindustrie waren in der Krise. Massenweise wurden Arbeitsplätze abgebaut, und man war damals glücklich, wenn ein neuer Betrieb, welcher Natur er auch sei, neue Arbeitsplätze gründen wollte. Marckolsheim hat zu einer, wie man es auf Französisch sagen kann, »prise de conscience« geführt. Wenn nun ein Unternehmen kam, wurde das Umweltprinzip mit einbegriffen in die Studie für die Neuansiedlung dieses Betriebs. Und ich glaube, dass wir tatsächlich in dieser Hinsicht in den 70er Jahren zu einer positiven Wende gekommen sind.

1986 will es der Zufall, dass einige Tage nach dem Sandoz-Unfall Conrad Schroeder und ich miteinander in der Oberrheinkonferenz saßen, als unsere Schweizer Kollegen uns erklärten, was geschehen war. Und dann haben wir begonnen, gemeinsam zu suchen, was gemacht werden könnte, um das Wiederholen solcher Unfälle zu verhindern. Und ich glaube, dass dieser Unfall auch auf nationaler Ebene, selbst bei unserem französischen Umweltministerium, dazu geführt hat, diese Problematik viel gründlicher zu behandeln als es vorher der Fall war. Und ich glaube, da hat man gesehen, dass alles was den Rhein anbelangt nicht lokalisiert werden kann, sondern eine gemeinsame Konzeption des Umweltschutzes nötig macht.

Aber das große Problem jetzt und in Bezug auf Fessenheim: es ist nicht leicht zu sagen, dieses oder jenes Kernkraftwerk muss abgeschaltet werden. Die Energiepolitik Deutschlands, die Energiepolitik der Schweiz, die Energiepolitik Frankreichs sind noch lange nicht genügend harmonisiert, um eine gemeinsame europäische Position zu erörtern und in die Tat umsetzen zu

können. Es muss in dieser Hinsicht manches gemacht werden. Denn wie kann man die Energiesicherheit in allen unseren Staaten bewahren, wenn man nicht genau im voraus weiß, welche anderen Energiequellen die ersetzen können, die man abschaffen will. Aber Hauptsache ist, dass man, schon was Information und Transparenz anbelangt, jetzt und sehr schnell grenzüberschreitend und ohne Hemmungen wirkt, damit jeder hüben und drüben in allen Einzelheiten auf dem Laufenden ist, was gemacht werden kann, im Falle eines Falles. Ich glaube, dass in dieser Hinsicht doch große Fortschritte gemacht worden sind, auch besonders nachdem wir in den 70er Jahren erlebt haben, was hier gegangen ist. Soweit meine Ansicht, wie man die Umwelt am Oberrhein schützen kann und zugleich den Menschen am Oberrhein auch in der Zukunft die notwendigen Arbeitsplätze sichern. Denn der Oberrhein muss seine Umwelt schützen, er muss aber auch wirtschaftlich zukunfts-trächtig bleiben.

*Georg Loeser*

Ich habe mich vor einiger Zeit mit der Studie des Oberrheinrats über Energie, die das Internationale Umweltzentrum in Weil am Rhein erstellt hat, beschäftigt. Dabei fiel mir ein Missverständnis auf, indem in dieser Studie Energiepolitik mit Strompolitik gleichgesetzt worden ist, sozusagen die Elektrifizierung der Gedanken. Aber Energiepolitik besteht aus vielem anderen! Aus dem Publikum kam vorher der Hinweis auf den Klimaschutz. Unser Klima wird durch Öl, Kohle, Gas etc. systematisch zerstört. Dabei ist der beste Klimaschutz durch Einsparung von Energie zu erreichen, und das jenseits von allen staatlichen Regulierungs- und Normierungsvorschriften. Energie einsparen kann nämlich jeder selber. Ich möchte nur ein Beispiel erwähnen: Mein Haus hat keinen Stromanschluss – seit 15 Jahren –, weil ich meine Energie selber produziere, die ausreicht für vier Computer, drei Fernseher, Waschmaschine usw.

Ich habe mir in den letzten Wochen die Mühe gemacht, einige grenzübergreifende Institutionen zu besuchen und mich dort nach deren Konzepten zu dem großen Bereich Energie zu erkundigen. Leider musste ich feststellen, dass derzeit ein arbeitsfähiges Konzept, was auch Auswirkungen haben könnte, weiter fehlt. Ich habe zwar bei der Regio TriRhena entdeckt, dass die in ihrem Leitbild einen Absatz hat, in dem von einer unabwendbaren Kehrtwende in der Energiepolitik die Rede ist. Die Förderung regenerativer Energiesysteme, der Aufbau dezentraler Versorgungskonzepte stehen auf deren Prioritätenliste ganz oben. Ebenso wichtig sind Energiesparmaßnahmen bei Neubau und Sanierung von Gebäuden, alles allerdings versehen mit dem Nachklapp, die einzelnen Länder müssten ihre Umweltpolitik besser aufeinander abstimmen. Das will ich in der Form nicht unkommentiert stehen lassen. Denn es gibt bereits jetzt Projekte, die dies im kleinen Maßstab tun. Z. B. gibt es derzeit ein Projekt der Energie-Agentur Freiburg, der Energie-Agen-



tur Mulhouse und einer Schweizer Gruppe, die im Energiesparbereich, bei Hotels und anderen Gebäuden, zusammen arbeiten und versuchen, diese Harmonisierung von unten zu erreichen. Aber diese Projekte sind viel zu klein. Im Grunde genommen haben wir nämlich auf der offiziell-politischen Ebene schon 30 Jahre verloren. Ich denke, da müssen wir Bürgerinitiativen daran arbeiten, dass jetzt auch in die Interreg-Programme, solange wir noch Zeit haben bis 2008, Programme zum Energie- und Klimaschutz untergebracht werden. Darüber hinaus sollte auch ein Konzept, eine Vision entwickelt werden dahingehend, dass der Oberrhein in 30 bis 50 Jahren eine Region sein sollte, deren Energieversorgung komplett auf erneuerbaren Energien basiert, verbunden mit einer deutlichen Einsparung an Energie. Das haben andere Regionen schon längst geschafft. Der Landkreis Fürstentum hat z. B. einen Beschluss gefasst, dass er in 30 Jahren seinen Energiebedarf zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien beziehen werde. In wenigen Tagen trifft sich die Arbeitsgruppe »Erneuerbare Energien« der Oberrheinkonferenz zum dritten Mal, erst zum dritten Mal. Sie befindet sich, wie alle grenzübergreifenden Gremien im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik, in einem Stadium und auf einem Niveau, auf dem die Bürgerinitiativen schon 1977/78 bei den Sasbacher Solartagen waren. Hier ist vieles nachzuarbeiten. Ganzheitlichen Konzepten, die sich nicht allein auf den elektrischen Strom reduzieren, muss in den vielen Gremien der Vorrang gegeben werden. Letztere müssen nicht abgeschafft, sondern vielmehr mit Leben erfüllt werden.

#### *Conrad Schroeder*

Es muss ein Weg beschritten werden, damit bundesweit ein Ausstieg aus der Kernenergie möglich wird. 30 Jahre, das ist mir zu lange, Ihnen auch. Ich sehe im Augenblick im Streit der erneuerbaren Energien jedoch noch keinen Königsweg. Auch nicht als Stadtrat, wenn ich den gegenwärtigen Oberbürgermeisterwahlkampf und die Anzeigenkampagne hier zwischen Wind, Wasser und Sonne verfolge. Ich bin für alles was hier ein Ausstieg aus der Atomenergie ermöglicht, gar keine Frage. Und dass die internationale Herausforderung gegeben ist, die sie angemahnt haben, das will ich gar nicht bestreiten. Dass durch Ihre und die Arbeit anderer, auch der Bürgerinitiativen, die Sensibilisierung der Politik schneller, stärker geworden ist, das kann man auch nicht bestreiten. Jede infrastrukturelle oder bauliche Planung ist heute ohne Aussagen zu Umweltverträglichkeit, zur Technologiefolgenabschätzung nicht mehr möglich. Also da haben Sie ihre Verdienste. Es wird sicher noch nicht alles so gemacht, wie Sie sich das vorstellen, aber es wird alles auch grenzüberschreitend heute gemacht. Und das war das Thema hier, und die ganzen Auflagen, ob für Euro-Glas im Elsass oder die Auflagen für Genehmigung des Luftverkehrs, alles wirkt über die früheren Grenzen hinaus. Die Ergebnisse befriedigen nie alle, das ist aber auch schon im nationalen Bereich so. Mehr kann ich dazu nicht sagen. Das Bewusstsein ist auch in der Ver-

kehrpolitik heute am Oberrhein ein anderes. Und das Bild, das sie für die 70er Jahre gezeichnet haben »Ruhrgebiet am Oberrhein«, das gebraucht heute niemand mehr. Wir sagen alle, es ist eine Bio-Valley-Region, wo wir mit modernen umweltfreundlichen Energiequellen Arbeitsplätze schaffen, so weit es möglich ist. Noch einige Anmerkungen zur Sprachenproblematik. Ich war und bin ein Verfechter des französischen Sprachunterrichts an den rechtsrheinischen Grundschulen. Doch selbst in Freiburg, in dieser frankophilen und frankophonen Stadt, ist es nicht einfach, den Eltern zu sagen, alle müssen jetzt mit Französisch beginnen. In Karlsruhe, auch am Rhein gelegen, ist dies nicht mehr möglich, und in Zürich, in einem Land, in dem Französisch Verfassungssprache ist, wurde jetzt beschlossen, mit Englisch in der Grundschule zu beginnen. Und ich sehe, wie die Eltern hier opponieren gegen Französisch in der Grundschule, obwohl wir überzeugt sind, dass es ein wichtiger Beitrag ist, um unsere Nachbarn zu verstehen. Ich sage überhaupt nichts gegen das Englische, gar nichts. Das brauchen heute wahrscheinlich alle. Aber wir in Freiburg versuchen das Möglichste auch im Sprachenbereich weiter zu bringen. Das Verstehen des Nachbarn ist immer noch das Wichtigste auch zur Lösung der Probleme.

*Daniel Hoeffel*

Ich habe eingangs erwähnt, dass die Kooperation am Oberrhein zweifelsohne in 40 Jahren konkrete Fortschritte erzielt. Ich hatte aber hinzugefügt, dass es auch noch Lücken gibt, dass es auch Schattenseiten gibt, die wir überbrücken müssen, um dieser Kooperation, besonders unseren Mitbürgern gegenüber, einen immer konkreteren und praktischeren Inhalt zu geben. Hauptsache ist, und dieses Kolloquium ist ein Beweis dafür, dass beiderseits der gemeinsame Wille besteht, auf allen Ebenen, sei es auf der Ebene der Umwelt, aber auch auf der sprachlichen Ebene, was Umweltverkehr und wirtschaftlicher Ebene angeht, dass dieser Wille dazu führt, diese Kooperation immer stärker werden zu lassen. Damit wir auch hier an unserem Oberrhein die deutsch-französische Kooperation allgemein weiter ankurbeln können. Im Interesse Europas muss diese deutsch-französische Kooperation ein Eckpfeiler bleiben.

*Kurt Hochstuhl*

Vielen Dank, Herr Schroeder, vielen Dank, Herr Hoeffel. Damit reduziert sich mein Schlusswort auf ein kleines Zitat eines französischen Volksfrontabgeordneten von 1936, der nach dem Wahlsieg gesagt hat: »la victoire est là, voilà les difficultés qui commencent« – der Sieg ist da, jetzt beginnen die Schwierigkeiten. Wir sind in der Phase der Schwierigkeiten, wir werden sie heute, das war auch nicht der Anspruch dieses Kolloquiums, keinesfalls lösen. Wir haben unsere Sinne geschärft, sowohl in Bezug auf die historische

Dimension des deutsch-französischen Verhältnisses nach 1945 hier am Oberrhein, wie auch in Bezug auf die aktuelle, konkrete politische Situation.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich noch einmal bei allen Referenten für ihre sachkundigen Beiträge zu unserem Kolloquium zu bedanken. Und nicht zuletzt möchte ich mich bei allen Teilnehmern am Kolloquium bedanken, dass Sie trotz starker Konkurrenz gestern und heute dem Staatsarchiv Freiburg, dem Institut Français und dem Frankreichzentrum ihre Solidarität bekundet haben. Ich bedanke mich für Ihre engagierte Mitarbeit, ihre anregenden Diskussionsbeiträge und schliesse hiermit das Kolloquium auf ein Neues, zu anderen Themen. Danke schön.

Hochstuhl, Deutsche und Franzosen im  
zusammenwachsenden Europa 1945–2000

WERKHEFTE  
DER STAATLICHEN ARCHIVVERWALTUNG  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG

Herausgegeben  
von der Landesarchivdirektion  
Baden-Württemberg

Serie A Landesarchivdirektion

Heft 18

2003

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart

# Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945 – 2000

Kolloquium des Frankreich-Zentrums der Albert-  
Ludwig-Universität Freiburg, des Institut Français  
Freiburg und des Staatsarchivs Freiburg aus Anlass  
der 50-Jahr-Feiern des Landes Baden-Württemberg am  
11./12. April 2002 in Freiburg im Breisgau

Herausgegeben von Kurt Hochstuhl

2003

Verlag W. Kohlhammer Stuttgart



Diese Publikation ist auf alterungsbeständigem, säurefreiem Papier gedruckt.

Alle Rechte vorbehalten

© 2003 by Landesarchivdirektion Baden-Württemberg, Stuttgart

Lektorat: Luise Pfeifle

Kommissionsverlag: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: Offizin Chr. Scheufele, Stuttgart

Printed in Germany

ISBN 3-17-018242-0